Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zeitung des KB Graz

April 75 Nr. 4 3.-S 2.Jg.

Südvietnam: Große Siege im Befreiungskampf

DIE USA MÜSSEN RAUS! THIEU MUSS WEG! DAS PARISER ABKOMMEN MUSS DURCHGEFÜHRT WERDEN!

Das ist das grundsätzliche Programm der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams. Diese Forderungen entsprechen dem Willen des Volkes, die ausländischen Aggressoren aus dem Land zu werfen und die antinationalen Kräfte um den amerikanischen Schützling Thieu zu entmachten. Denn die sind es, die den Bemühungen um die Wiederherstellung des Friedens, der Demokratie und der nationalen Versöhnung im Weg stehen.

Das Volk von Vietnam, jahrzehntelang von imperialistischen Mächten unterdrückt und ausgeplündert, hat sein Schicksal selbst in die Hand genommen, es will sein Leben nach seinen Interessen selbst gestalten. Das ist der wirkliche Grund, warum in den letzten Wochen und Monaten der Befreiungskampf so große Fortschritte gemacht hat.

Die US-Marionetten mußten eine Provinzhauptstadt nach der anderen räumen, einen Stützpunkt nach dem anderen aufgeben. Nach Ban Me Thuot wurden Kontum und Pleiku im Hochland Hue, Tam Ky, Quang Ngai, Bao Loc und Da Nang befreit. Die PRR (Provisorische Revolutionäre Regierung) kontrolliert jetzt den allergrößten Teil des Landes. Ein großer Teil dieser Gebiete wurde allerdings schon 1973 befreit und im Pariser Abkommen der PRR zugerechnet.

Forts. S 18



Es lebe der 1. MAI, der internationale Kampftag der Arbeiterklasse

MAIAUFRUF VON: KB GRAZ, KB LINZ, KB SALZBURG-HALLEIN, KB TIROL, KB WIEN, KG KLAGENFURT, VRAÜ/ML

Seit Jahrzehnten ist der 1.Mai der internationale Kampftag der Arbeiterklasse. An diesem Tag bekraftigen die klassenbewußten Arbeiter in aller Welt in Demonstrationen und Kundgebungen das Bekenntnis und den Willen der Arbeiterklasse zur sozialen Revolution. Der Bourgeoisie ist es nirgends auf der Welt gelungen, diese Kampfansage an ihr Ausbeutersystem völlig zum Verschwinden zu bringen. Weder der offene Terror in den faschistischen Ländern, noch die Predigt der "Klassenversöhnung" und "Sozialpartnerschaft" in den kapitalistischen Ländern haben den Gedanken der Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung und der Errichtung des Sozialismus und der klassenlosen Gesellschaft in der Arbeiterklasse ausrotten können.

Dieser Gedanke hielt sich so hartnäckig, weil er den Verhältnissen und ihrer Entwicklung entspricht, unter denen die Arbeiter und die Volksmassen im Kapitalismus leben müssen. Diese Verhältnisse selbst rufen der Arbeiterklasse das Ziel der sozialen Befreiung immer wieder in Erinnerung. Gerade heute ist das wieder verstärkt der Fall. Denn gerade in der Krise zeigt sich die Überholtheit und Verfaultheit des Kapitalismus besonders kraß. Die Arbeiter werden noch rücksichtsloser ausgebeutet, die Arbeitshetze steigt enorm, die Löhne werden gedrückt, die steuerliche Ausplünderung verschärft sich - Millionen

Forts. S. 2



ZU DEN TARIFERHÖHUNGEN BEI DEN GRAZER STADTWERKEN: SEITE 4

FORTSETZUNG VON S.1

Arbeiter auf die Straße geworfen und dienen den Kapitalisten als Reservearmee von Arbeitslosen für weitere Verschärfung der Ausbeutung, weitere Antreiberei und Lohndrückerei für die, die Arbeit haben. Die Produktion wird eingeschränkt, Maschinen werden stillgelegt und Arbeiter auf die Straße gesetzt: nicht weil die arbeitende Bevölkerung keinen Bedarf mehr hätte an den Produkten, sondern weil die Kapitalisten damit keinen ausreichenden Profit mehr machen können.

Diese Entwicklung hat auch in Österreich bereits eingesetzt. Die Ausbeutung in den Betrieben wird gewaltig gesteigert - Zwangsurlaube, Kurzarbeit und Entlassungen haben schon Zehntausende Arbeiter in eine massive Verschlechterung ihrer Lebenslage gestürzt. Immer deutlicher zeigen die Tatsachen, daß der Kapitalismus und der bürgerliche Staat nicht in der Lage sind, die Zukunft des Volkes zu sichern.

Diese Zukunft kann nur die Arbeiterklasse sichern, indem sie sich gegen die Kapitalistenklasse zusammenschließt, deren Staat zerbricht und an seiner Stelle ihren eigenen Staat errichtet, mit dessen Hilfe sie die Ausbeuter enteignen und den Sozialismus aufbauen kann. Nur dadurch können die Wurzeln der Ausbeutung und Entrechtung ausgerissen werden. Nur dadurch kann verhindert werden, daß die Arbeiterklasse und das Volk immer wieder durch die Krisen des Kapitalismus in Not und Elend gestürzt werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, muß die Arbeiterklasse sich zusammenschließen auf dem Boden ihrer eigenen Interessen und ausschließlich dieser Interessen. Je rascher sie auf der ganzen Linie mit den Kapitalisten und ihrem Staat bricht und sich ihnen in jeder Frage konsequent entgegenstellt, desto rascher wird sie ans Ziel gelangen.

Im Kampf um den Sozialismus braucht die Arbeiterklasse eine eigene politische Partei, in der sich ihre klassenbewußtesten Elemente auf dem Boden des Marxismus-Leninismus zusammenschließen. Eine solche wirklich kommunistische Partei gibt es gegenwärtig in Österreich nicht; sie im Feuer des Klassenkampfes aufzubauen ist die Hauptaufgabe der Marxisten-Leninisten und aller klassenbewußten Arbeiter.

In der gegenwärtigen Situation muß die Arbeiterklasse ihre Einheit vor allem herstellen im Kampf gegen die Verelendung, die Spaltung der Klasse und die Zerschlagung ihrer Kampfkraft in der Krise. Sie muß den Kampf gegen den Lohnraub führen und um Arbeiterrechte, die ihrer Einheit nützen, ihre Kampfbedingungen verbessern und sie vor den Auswirkungen der Krise schützen. Sie muß aber auch das Volk um sich sammeln im täglichen Kampf gegen die Ausplünderung, Unterdrückung und Entrechtung durch den bürgerlichen Staat, im Kampf um politische Rechte des Volkes, die sie mit der eigenen Machtergreifung umfassend verwirklichen wird.

Diese Forderungen für den Kampf gegen die Folgen der Krise und gegen Unterdrückung und Entrechtung müssen zum Leitfaden für ein kämpferisches, selbständiges Auftreten der Arbeiter am 1.Mai, am Kampftag ihrer Klasse, werden. Sie sind zusammengefaßt in der Hauptlosung:

VORWÄRTS IM KAMPF UM DIE RECHTE DER ARBEITERKLASSE UND DES VOLKES !
VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION !

Für dieses Ziel kämpfen die Arbeiter aller Länder, und im Kampf um dieses Ziel sind sie miteinander verbunden. Dieses Ziel verbindet sie auch mit den Völkern der Dritten Welt, die den Kampf um nationale Befreiung und Demokratie führen und sich dadurch den Weg zu ihrer sozialen Befreiung öffnen.

Sie führen diesen Kampf gegen die Imperialisten und Kolonialisten, insbesondere gegen die beiden Supermächte, die durch ihr Ringen um die Weltherrschaft die Völker der ganzen Welt an den Abgrund eines neuen Weltkrieges treiben. Imperialismus, Kolonialismus und die nach Weltherrschaft strebenden Supermächte sind der gemeinsame Feind der Arbeiter aller Länder und der unterdrückten Völker. Der Kampf der Völker der Dritten Welt gegen diesen Feind ist bereits zu einer unwiderstehlichen historischen Strömung geworden. Er verbessert entscheidend die Bedingungen, unter denen die Arbeiter der entwickelten kapitalistischen Länder für den Sieg des Sozialismus kämpfen.

Gerade in der heutigen Zeit der raschen Vertiefung der Krise des Imperialismus und der wachsenden Gefahr eines neuen Weltkrieges müssen die Arbeiter aller Länder und die unterdrückten Völker sich eng zusammenschließen. Das soll auch am 1.Mai in Österreich zum Ausdruck kommen.

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

Forderungsprogramm zum 1. Mai

An diesem 1.Mai kommt es für die Arbeiterklasse vor allem darauf an, daß den Forderungen Ausdruck verliehen wird, hinter denen sie sich zusammenschließen kann gegen die Kapitalistenklasse im Kampf gegen die Folgen der kapitalistischen Krise, die auch Österreich immer heftiger erfaßt.

Die Vertiefung der kapitalistischen Krise bedeutet für die Arbeiterklasse in erster Linie ungeheure Rationalisierungen, steigende Intensität der Arbeit, steigende Arbeitshetze. Diese Steigerung der Ausbeutung soll der Arbeiterklasse aufgezwungen werden durch Kündigungen, Entlassungen, Kurzarbeit und Zwangsurlaub eines Teils der Arbeiter und die damit verbundene Drohung für alle Arbeiter, ihre Existenz zu verlieren. Die Arbeiterklasse muß den Kampf führen gegen diese Steigerung der Ausbeutung. Sie muß ihn führen unter der Perspektive solcher Forderungen, die darauf abzielen, daß die Konkurrenz unter den Arbeitern eingeschränkt wird, der Ausbeutung Schranken gezogen werden und die Arbeiterklasse sich günstigere Bedingungen schafft, den Kampf zu führen sowohl gegen die Folgen des Kapitalismus als auch um den Sturz des kapitalistischen Systems. Am 1.Mai treten die Kommunisten daher für folgende Forderungen ein:

- Völliges Verbot der Überstundenarbeit!

- 7-Stunden-Tag und 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

- Abschaffung der Nacht- und Schichtarbeit, außer in Produktionszweigen, in denen das technisch unumgänglich ist, wobei die Kontrolle darüber dem Betriebsrat obliegt!

- Abschaffung der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Systeme!

- 8 Wochen bezahlter Urlaub im Jahr!

Um die Steigerung der Ausbeutung durchzusetzen, benutzen und vertiefen die Kapitalisten die Spaltung der Arbeiterklasse in Österreicher und Ausländer, in Männer und Frauen, in alt und jung, und immer mehr in Arbeitende und Arbeitslose. Ein entscheidendes Instrument der Spaltung in Österreicher und Ausländer soll das geplante "Ausländerbeschäftigungsgesetz" werden. Daher treten die Kommunisten am 1.Mai für die Forderung ein:

- Keine Einführung des geplanten "Ausländerbeschäftigungsgesetzes"!

Der Kampf gegen die Folgen der Krise im Betrieb muß verbunden werden mit dem Kampf um Schutzforderungen für den Fall von Arbeitslosigkeit, um die anwachsende Arbeitslosenarmee vor Verelendung und Degradation zu bewahren, sie nicht zu einer Armee von Lohndrückern und Streikbrechern werden zu lassen, sondern vielmehr eine einheitliche Kampffront aller Arbeiter, ob im Betrieb oder arbeitslos, zu erreichen. Am 1.Mai treten die Kommunisten daher für die Forderung ein:

- Arbeitslosengeld in Höhe von 80 % des Nettolohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!

Um dem entgegenzutreten, daß die Arbeiterklasse - Werktätige und Arbeitslose - gespalten und gegeneinander ausgespielt wird, und damit sich Klasse gegen Klasse stellt und damit nicht die Arbeitslosen gegängelt, schikaniert und eingeschüchtert werden können, muß der Kampf auch geführt werden um die Forderungen:

- Bezahlung aller Kosten der Arbeitslostenversicherung durch die Kapitalisten!

- Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsämter durch die versicherten Lohnabhängigen!

Der Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung im Betrieb und für die Arbeiterschutzforderungen muß verbunden werden mit dem Kampf um die Verteidigung des Reallohns. Die Arbeiterklasse darf sich nicht - will sie nicht immer mehr herabgedrückt werden - durch die Krise vom Kampf um den Lohn abhalten lassen, sie darf nicht die Auseinandersetzung um die Kollektivverträge ausschließlich den bürgerlichen Gewerkschaftsführern überlassen. Daher treten die Kommunisten am 1.Mai für die Forderungen ein:

- Ausreichende Lohnerhöhungen, um den Lohnraub durch die kapitalistische Preistreiberei abzuwehren!

- Kräftige Anhebung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne in Richtung des Ist-Lohnniveaus! ⟶

FORDERUNGSPROGRAMM...

- Kurze Laufzeiten der KV! Jederzeitige Kündbarkeit durch die Gewerkschaft!
- Streichung der spalterischen Lohngruppen 6,8,9 und 10! Gegen die Unterbezahlung von Frauen, Ausländern und Jugendlichen! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
- Aufstellung von Schillinggeldforderungen bei den KV-Verhandlungen!

Das Wichtigste, was die kapitalistische Krise der Arbeiterklasse aber zeigt, ist die Überholtheit des kapitalistischen Systems und daß es keine Zukunft hat. Sie zeigt, daß die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und der Produktion nur um des Profits willen, notwendig ist. Um die soziale Revolution durchzuführen, braucht die Arbeiterklasse die politische Macht. Sie muß daher antreten gegen den bürgerlichen Staat, das politische Herrschaftsinstrument der Kapitalistenklasse, dabei das ganze Volk um sich sammeln, diesen Staat stürzen, selber die Macht ergreifen und gestützt auf die breiten Volksmassen die Diktatur des Proletariats errichten. Die Kräfte, um dieses Ziel zu erreichen, sammelt die Arbeiterklasse im Kampf um Forderungen, die die vorhandene Empörung und den Widerstand gegen den bürgerlichen Staat zusammenfassen.

Am 1.Mai treten die Kommunisten daher für folgende Forderungen ein:

- Keine weiteren Tarif- und Gebührenerhöhungen!
- Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer! Abschaffung aller indirekten Steuern! Lohnsteuerfreiheit für mindestens 10 000 S monatlich!
- Vollständige Aufhebung des Abtreibungsverbots! Weg mit der staatlichen Bevormundung!
- Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter und Beamten! Bezahlung zu nicht mehr als zu einem durchschnittlichen Facharbeiterlohn!
- Vollständige politische Gleichberechtigung der in Österreich lebenden Ausländer durch ihre obligatorische Einbürgerung!

Für dieses Forderungsprogramm treten die Kommunisten am 1.Mai auf. - Dafür rufen sie alle klassenbewußten Arbeiter und alle revolutionär gesinnten Menschen auf die Straße. Sie treten auf für den Klassenkampf und die Revolution.

Sie treten ein für die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes, wo allein sie hergestellt werden kann. Sie treten ein für die Selbständigkeit der Arbeiterklasse und dagegen, daß die Arbeiterklasse Spielball der verschiedenen bürgerlichen Parteien und ihrer parlamentarischen Politik ist. Gegenüber den Versuchen aller bürgerlichen Parteien, ob SPÖ, ÖVP, FPÖ oder KPÖ, den Arbeitern die "Macht des Stimmzettels" einzureden, sagen die Kommunisten den Arbeitern, daß ihre einzige Kraft darin liegt, den Klassenkampf zu führen, und daß die Arbeiterklasse nichts bekommt, was sie sich nicht selbst erkämpft. Einheit und Selbständigkeit braucht die Arbeiterklasse, um den Klassenkampf zu führen und ihn siegreich fortzuführen bis zum Ziel: Sturz des Kapitalismus und Aufbau des Sozialismus bis zur Errichtung der klassenlosen Gesellschaft. Diese Orientierung kommt zum Ausdruck in der Parole, unter die wir den 1.Mai stellen: Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg der sozialistischen Revolution!

Volksbefragung zur Pyhrnautobahn: ein Betrugsmanöver, daher AKTIVER BOYKOTT!

Am 27. April 1975 findet in Graz eine Volksbefragung über die Trassenführung der Phyrnautobahn statt. Diese "Befragung" ist jüngster Höhepunkt und letzter Ausweg einer Politik der Gemeindebonzen, bei der diese versuchen, die Bevölkerung doch noch vor ihren Karren - vor eine von ihren Planern ausgearbeitete Autobahntrasse - zu spannen.



Fassen wir die bisherige Entwicklung zusammen: Jahrzehntelang donnert nun schon der Durchzugs- und Schwerverkehr mitten durch die Stadt, durch dicht besiedeltes Wohngebiet. Der hinzukommende Stadtverkehr macht das Chaos auf dieser Durchzugsstraße perfekt. Für die Bewohner der Häuser entlang dieser Straßen bedeutete das Lärm, abgasgeschwängerte Luft u. a. Schon jahrelang fordern diese Menschen die Herausnahme des Durchzugs- und Schwerverkehrs aus den Wohngebieten von den Gemeindepolitikern, ohne daß von diesen Herren darauf reagiert wurde. Die Bedürfnisse der Bevölkerung sind diesen Politikern keiner Mühe wert gewesen. Ihr Drang nach "Taten" ist erst erwacht, als Handel und Produktion der Kapitalisten durch das dauernde Verkehrschaos empfindlich beeinträchtigt wurden (Transporttermine verzögerten sich, Waren kamen verspätet an, Geschäfte platzten und die Kapitalisten mußten dadurch öfter und öfter erhebliche Einbußen hinnehmen) und die industriellen Interessensverbände - Europäische Wirtschaftskommission, Industriellenvereinigung - rasche Bewältigung der Schwierigkeiten entsprechend ihren Interessen forderten. Die bürgerlichen Politiker gingen sofort daran, die Interessen und Wünsche der Kapitalisten zu erfüllen. 1968 wurde die Autobahntrasse durch Eggenberg beschlossen, eine Trasse, die durch dichtes Wohngebiet führt. Das Interesse der werktätigen Bevölkerung nach menschenwürdigen Wohnbedingungen wurde dabei von diesem Politikerdünkel mit Füßen getreten. Diese Trasse wurde von der Grazer Bevölkerung entschlossen bekämpft und zu Fall gebracht. Bei der Gemeinderatswahl 1973 wurde der Regierungsfraktion (SP) ein Denkzettel verpaßt: Sie verlor den Bürgermeistersessel, die absolute Mehrheit und einige hoch dotierte Pöstchen. Den anderen bürgerlichen Parteien gelang es, durch Wahlversprechungen den Unmut der Bevölkerung auf ihre Mühlen zu lenken.

Durch den Willen und die Entschlossenheit der Grazer Bevölkerung in den von Durchzugs- und Fernverkehr betroffenen und bedrohten Wohngebieten gezwungen, änderten die Rathausbonzen ihre Taktik: Mit einem demokratischen Mäntelchen verkleidet, versuchten sie, die Grazer Bevölkerung für ihre "Lösungen" zu gewinnen. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit quasselten die Politiker von "Mitbestimmung, Einbeziehung der Bürger in den Planungsprozeß" usw. Sie veranstalteten Bürgerversammlungen, hielten Pressekonferenzen ab und spannten ihre Schreiberlinge bei den bürgerlichen →

Zeitungen tüchtig ein. Letzte Spitze dieses "demokratischen Kasperltheaters" ist die Volksbefragung über die Trassenführung und die dazu herausgegebene Bürgerinformation "BIG", in der die zur Wahl stehenden drei Varianten "erklärt" werden.

Von den Politikern aller bürgerlichen Parteien wird die Bevölkerung ständig aufgefordert, zahlreich an der Befragung teilzunehmen, ja die Politiker tun gerade so, als ob die Lösung der Verkehrsprobleme vom Ergebnis dieser Volksbefragung abhängen würde. Richtig ist vielmehr, daß durch diese Volksbefragung die Erfüllung der Forderungen der Grazer Bevölkerung nach durchzugs- und schwerverkehrslosen Wohngebieten nicht möglich wird.

Was versprechen sich die Gemeindepolitiker von der Volksbefragung?

Erstens wolen sie erreichen, daß die Grazer Bevölkerung ihnen die Entscheidung für eine Autobahntrasse abnimmt. Die Gemeindepolitiker trachten natürlich auch das Befragungsergebnis besser bei ihren Ausreden benützen zu können. Die Gemeindepolitiker wissen genau, daß bei allen Trassenvarianten große Teile der Bevölkerung betroffen sind. Da möchten sie dann gerne sagen: "Ja wir sind nicht schuld, daß Ihr in diesem Gebiet Dreck und Gestank atmen müßt, daß Eure Agrargebiete vergiftet werden, das habt Ihr denen zu verdanken, die für diese Trassenvariante bestimmt haben!" Das ist der zweite wichtige Grund, warum sich die Gemeindepolitiker, denen das Volks sonst immer egal ist, so für die Volksbefragung einsetzen. Sie versuchen die werktätige Bevölkerung zu spalten: in Land- und Stadtbewohner, in Eggenberger, Weblinger, Seiersberger, Vor- und Hinterplabutscher usw. Sie wollen erreichen, daß sich die Menschen untereinander uneinig werden und sich gegenseitig bekämpfen und so abgelenkt werden von der Unfähigkeit der bürgerlichen Politiker, die Interessen der werktätigen Bevölkerung zu erfüllen.

Der wichtigste Zweck aber besteht für die bürgerlichen Politiker darin: Es soll durch die Volksbefragung Glauben gemacht werden, daß die Verkehrsmisere im Kapitalismus behebbar ist. Behebbar soll die Verkehrsmisere in Graz sein, wenn man für eine der drei vorgeschlagenen Trassen stimmt. Daß keine dieser Trassen die Verkehrsmisere lösen kann, weil im Kapitalismus die gesamte Stadtplanung notwendigerweise volksfeindlich ist, davon soll durch diese Abstimmung gerade abgelenkt werden. Erreicht soll mit der Befragung werden, daß das Volks mit dem Stimmzettel die Verantwortung für die weitere Entwicklung wieder an die bürgerlichen Politiker und an die "Experten" abgibt, daß die selbständigen Aktionen, mit denen die Bevölkerung vor allem in Form der Bürgerinitiativen ihrer Empörung Luft machte, wieder Abflauen, daß in Graz wieder ein "ruhiges Klima" eintritt, in dem die Politiker ungestört im Gemeinderat ihre volksfeindlichen Entscheidungen treffen können. Damit hätten sie dann erreicht, daß die Bürgerinitiativen die Funktion der "Ergänzung" und der "Ratgeber" für die Politiker spielen, während gerade Auseinandersetzungen wie die um den Bahnhofgürtel oder um Großschädl gezeigt haben, daß die Tendenz dahingeht, bürgerliche Politik und Politiker und mit ihnen das kapitalistische System selbst in Frage zu stellen und "Auswege" in selbständigen Kampfaktionen der Bevölkerung zu suchen.

Die Grazer Werktätigen können kein Interesse daran haben, den bürgerlichen Politikern ins offene Messer zu laufen, ihnen durch einen hohen Prozentsatz an gültigen Stimmen die Spaltung der Bevölkerung und die Fortsetzung ihrer volksfeindlichen Tätigkeit zu erleichtern, sie können kein Interesse daran haben, sich zum Spielball bürgerlicher Gemeindepolitik machen zu lassen. Deshalb:

UNGÜLTIG STIMMEN!

AKTIVER BOYKOTT DER PYHRNAUTOBAHN-VOLKSBEFRAGUNG!

B.T./Red.

KEINE TARIFERHÖHUNGEN BEI STADT-GAS, BUS UND STRASSENBAHN!

Die GVB beabsichtigen im Sommer eine Erhöhung des Preises für einen Normalfahrschein von 6 auf 8 S, d.h. um 33% . Bürgermeister Götz hat dies bereits bestätigt.

Außer den GVB-Tarifen soll auch der Gaspreis erhöht werden, obwohl er erst im Dezember um ca.40% hinaufgesetzt wurde. Im Jänner wurden dann alle anderen Tarife der Stadt (außerKindergärten und Straßenbahn)erhöht.

DER BÜRGERLICHE STAAT WILL DEM VOLK IMMER GRÖSSERE LASTEN AUFBÜRDEN

In den letzten Monaten hat sich die Ausplünderung der Arbeiter, Angestellten, Rentner... nicht nur durch die ständig steigenden Preise verstärkt; auch der Steuerdruck wird immer schärfer : Die Lohnsteuerreform hat kaum eine Verbesserung gebracht. Viele Arbeiter zahlen schon heute wieder mehr als vor der Re~~XXXXXX~~gen geringfügiger Loner form - wegen geringfügiger Lohnerhöhungen, die nicht einmal die Preissteigerungen wettmachen können. Vor allem durch die Mehrwertsteuer wird den Werktätigen immer mehr abgepreßt. Dennoch steigt das Defizit sowohl von Bund als auch von Land und Gemeinden immer schneller. Finanzminister Androsch will mit der geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer diese Misere auf die Arbeiter und Angestellten, also auf das ganze Volk abwälzen. Alle großen Städte in Österreich greifen zu massiven Tariferhöhungen (Wien, Linz, Innsbruck, Salzburg, Klagenfurt, Graz...)

SUBVENTIONEN FÜR DIE KAPITALISTEN-STEIGENDE STEUERN UND TARIFE FÜR DIE WERKTÄTIGEN

Die geplanten neuerlichen Tariferhöhungen sollen nun damit gerechtfertigt werden, daß die GVB und die Grazer Stadtwerke " kostendeckend" arbeiten müßten. Wessen Kosten sollen da von wem gedeckt werden ? Schauen wir uns ein paar Punkte aus dem Budget der Stadt an :

o Durch die sich verschärfende kapitalistische Krise sind für viele Kapitalisten die Profite gefährdet. Bund , Land und Gemeinde greifen ihne hilfreich unter die Arme - mit dem Geld, das sie den Wekktätigen durch Steuern und Tarife abgepreßt haben. So sollen in Graz 2"Industrie parks"aus Gemeindegeldern errichtet werden (1973 wurde die erste Rate in der Höhe von 3 Millionen bezahlt; weitere Raten folgten) 1974 waren im außerordentlichen Budget der Gemeinde 10 .795.ooo S vorgesehen.
Das Land Steiermark hat 1974 325 Mi. für die Unternehmer ausgegeben.
Daß damit keine Arbeitsplätze gesichert werden, zeigen deutlich die Beispiele wie Junior oder Meriono, wo jetzt alle Arbeiter und Angestellten auf der Straße sitzen. Oder Siemens-Deutschlandsberg und die Puch-Werke in Graz : Mehrere Hundert gekündigt, Zwangsurlaub, Kurzarbeit und Verschärfung der Arbeitshetze.

o Das Verkehrschaos und die Umwelt verschmutzung sind in Graz schon so arg, daß die Kapitalisten Schwierigkeiten haben, ihre Profitproduktion aufrechtzuerhalten. Wenn der Verkehr immer wieder zusammenbricht, kommen die Arbeiter nicht rechtzeitig in die Fabriken und vor allem funktioniert der Transport der Waren immer schlechter, was den Kapitalisten hohe Kosten verursacht. Außerdem beginnen sich die Leute immer mehr und entschlossener zusammenzuschließen und für ihre Interessen einzutreten.
Die Kosten für alle Versuche, dieses Chaos im Interesse der Kapitalisten zu regulieren, soll das Volk tragen .

⟶

o Immer mehr beginnen sich die Menschen zusammenzuschließen und entschlossen für ihre Interessen einzutreten. Um sie dennoch unter Kontrolle zu halten , wird ein riesiger bürokratischer Apparat aufgebaut, der das Volk bevormunden und gängeln soll.
Für den Fall, daß dies nicht mehr gelingt, baut der bürgerliche Staat Polizei und Militär aus. In Graz z.B. sollen die Polizeiposten erheblich aufgestockt werden.

Diese Beispiele zeigen recht deutlich, daß die Steuergelder, die die Bevölkerung an den kapitalistischen Staat abliefern muß, den Kapitalisten hineingesteckt werden oder zur Niederhaltung und Gängelung des Volkes verwendet werden. Die Kosten der Kapitalisten und des kapitalistischen Unterdrückerstaates sollen die Werktätigen decken. Von ihrem Geld sehen sie nichts mehr und von "kostendeckend" ist nur dort die Rede, wo die Werktätigen zahlen sollen - nie aber wenn es um Subventionen für die Kapitalisten geht.

DIE KOSTEN DER VERKEHRSMISERE SOLLEN DIE WERKTÄTIGEN TRAGEN !

Tausende Werktätige müssen täglich quer durch die Stadt zur Arbeit fahren und von den Wohnsiedlungen am Stadtrand ins Zentrum, wo die Geschäfte, Ämter, Banken...konzentriert sind. Dies ist die Ursache für das immer ärgere Verkehrschaos und alle Reformen laufen darauf hinaus auf Kosten der Werktätigen zu sparen. So werden " unrentable Linien" eingespart und wenn jemand in den vornehmlich Arbeitersiedlungen am Stadtrand wohnt(z.B.Neuseiersberg) , kann er nach 8 oder 9h abends und an Sonn-und Feiertagen vergeblich auf die GVB warten. Ihre Aufgabe ist erfüllt, wenn sie die Arbeiter in die Fabriken und die Leute in die Geschäftsviertel gebracht hat. Die Versprechungen, die Wartezeiten zu verkürzen (mit denen immer wieder Tariferhöhungen gerechtfertigt wurden) sind leere Worte geblieben.
Im Gegenteil - die Wartezeiten werden immer länger.
Aber nicht nur auf die Fahrgäste soll die Verkehrsmisere abgewälzt werden, sondern auch auf Fahrer und Schaffner : wenn in den Stoßzeiten die Straßenbahnen und Busse nicht weiterkommen, müssen sie halt auf die Pause an den Endhaltestellen verzichten. Mit der Einführung der schaffnerlosen Wagen wurden viele Schaffner wegrationalisiert und die Fahrer müssen nun auch das Kassieren übernehmen!

Um die Tariferhöhungen durchzusetzen greifen die GVB und der Gemeinderat zu Spaltungsmanövern. Zuerst werden da ein paar Tarife hinaufgesetzt, dann wieder dort - nie alle auf einmal. Die GVB führt die Tariferhöhungen meistens so durch, daß immer nur ein Teil der Bevölkerung betroffen wird : So wurden vor kurzem die Tarife für die Lehrlingsnetzkarten um 60.-S hinaufgesetzt. Jetzt sollen nur die Normalfahrscheine erhöht werden- heißt es. Die Erfahrung , gerade der letzten Tariferhöhungen (Ende 1974',Anfang1975) zeigen genau : Wenn eine Tariferhöhung stillschweigend hingenommen wird, nehmen das die Stadtväter nur zum Anlaß zu neuen, noch unverschämteren Tariferhöhungen.

D.R./Hepu

WOHER KOMMT DAS GROSSE DEFIZIT DER STADTWERKE (E-WERK, GAS-WERK,WASSERWERK, FERNHEIZWERK UND GVB)

E-WERK	+60Mill	+ 58 Mill.	+ 67Mill.
WASSERWERK	+3[illegible]	+ 21 Mill.	+ 15Mill.
FERNHEIZ-WERK	+ 2Mill	+ 12 Mill.	+ 6Mill.
GAS-WERK	00	- 4 Mill.	- 3Mill.
GVB	-17Mill.	- 4 Mill.	- 12Mill.
VERWALTUNG	-75Mill	-84 Mill	- 77Mill.
	00	+ 1 Mill.	- 4 Mill.

laut Geschäftsbericht

Die Hauptursache für das Defizit ist der riesige aufgeblähte Verwaltungsapparat. Daß dieser wo viel Geld verschlingt, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß er für einige Herren recht gute Einkünfte bedeutet. So verdienen die beiden neuen Vorstandsdirektoren(Univ-Prof. Schachner-Blasizek und Dipl.Ing.Friedrich)ca. 50.000S monatlich - und das mindestens 14 x im Jahr

Diese Herren haben natürlich auch mehrere "verantwortungsvolle" Posten Daher verdienen sie auch nicht nur an einer Stelle , sondern gleich ein paar Mal .
Zum Beispiel:
Univ-Prof. dr.Wolfgang Bauerreiß (Rechtsanwalt in Linz), Aufsichtsrat der Grazer Stadt-Werke-AG
Aufsichtsrat der Steweag
Aufsichtsratsvorsitzender der Gebrüder Böhler und Co.
Aufsichtsratsvorsitzender der St. Egydener Eisen und Stahlindustrie
Aufsichtsratsvorsitzenderstellvertreter der Leykam AG.
Aufsichtsrats der Gebrüder Böhler und Co AG, Düsseldorf

Ing. Isidor Blematl (Stadtrat) Aufsichtsrat der Stadtwerke
Prokurist der Städtischen Be stattungsanstalt
Geschäftsführer der Vieh- und Fleischmarktkasse der Stadt Graz
Aufsichtsrat der STEWEAG

DR.Ernst Höller (Gemeinderat) Aufsichtsrat der Stadtwerke AG
Geschäftsführer der Fa. Büttinghaus
Geschäftsführer der Ernst und Adolf Höller Ges. m.b.H.
Verwaltungsausschußmitglied der Steiermärkischen Bank Ges.m.b.H.
Aufsichtsrat der STEWEAG

KÖFLACH : WARNSTREIK BEI 'TREND-MODEN'

Die Arbeiterinnen der Damenkleiderfabrik "Trend-Moden" haben den richtigen Weg gegen drohende Entlassungen eingeschlagen. Als die 74köpfige Belegschaft der Firma am 7. 4. 1975 von der geplanten Kündigung von 25 Mädchen und Frauen hörte, trat sie 4 Stunden in den Streik. Die 25 Kündigungen wurden daraufhin noch nicht ausgesprochen, obwohl die Existenz des Betriebes in Frage stand.
Inzwischen wurde die Firma an einen westdeutschen Kapitalisten verkauft und die Belegschaft arbeitet vollzählig weiter.
Der 4stündige Warnstreik der Frauen von "Trend-Moden" zeigt, daß auch in der Steiermark die Arbeiter nicht mehr stillhalten, sondern gegen drohende Entlassungen den Kampf aufnehmen. Der Streik hat einigen Druck auf die Verhandelnden Kapitalisten ausgeübt und ihnen vor Augen geführt, daß sie mit Kampfmaßnahmen zu rechnen hätten,wenn sie versuchten, ihre Schwierigkeiten auf die Belegschaft abzuwälzen.

ZEITUNGEN KOMMUNISTISCHER ORGANISATIONEN:

KLASSENKAMPF
(Komm. Bund Wien)

KOMM. ARBEITERZEITUNG
(Komm. Bund Salzbg/Hallein)

KLASSENKAMPF
(Komm. Bund Tirol)

VOLKSMACHT
(Vereinigung rev.Arbeiter)

Erhältlich über den Komm. Bund Graz, Herreng.5

Pottendorfer Teppicharbeiter
Erster Erfolg im Kampf gegen Entlassungen und Werkstillegung

Am 12.3. traten die 120 Beschäftigten der "Wiener Teppichfabrik" in Pottendorf in einen dreistündigen Warnstreik gegen den Verlust ihrer Arbeitsplätze.

Der Eigentümer der Fabrik, der Schweizer Multi-Konzern "Forbo-AG" hatte bekanntgegeben, die Weberei und Knüpferei aufzulassen. Es wurde jedoch gleichzeitig zugesagt, die Maschinen an den nächsten Interessenten zu verkaufen und die Werkshallen zu verpachten. Als sich jedoch der ehemalige Besitzer der "Wiener Teppichfabrik" bereiterklärte, Weberei und Knüpferei weiterzuführen, zog der Konzern seine Zusagen plötzlich zurück.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der "Wiener Teppichfabrik" sind zum Großteil spezialisierte Fachkräfte. Der größte Teil der Kollegen arbeitet schon lange im Betrieb. Wenn die Kollegen und Kolleginnen überhaupt noch Arbeit finden können, dann sicherlich nicht in ihrer Branche und schon gar nicht in Pottendorf.

Mit den Arbeitsplätzen schaut es nämlich in der ganzen Gegend schlecht aus. Erst vor kurzem entließ das Felixdorfer Werk der Pottendorfer Textilfabrik einige Arbeiter und läßt kurzarbeiten. Im nahegelegenen Kottingbrunn werden in der Maschinenfabrik ebenfalls Leute entlassen. Überhaupt geht in der ganzen Textilindustrie die Produktion zurück, werden Leute arbeitslos und können in ihrer Branche keinen Arbeitsplatz mehr finden.

Für die Kollegen der "Wiener Teppichfabrik" bedeutet der Verlust ihres Arbeitsplatzes, daß sie täglich 40 Km nach Wien pendeln müssen, um überhaupt arbeiten zu können. Auf jeden Fall bedeutet der Verlust des Arbeitsplatzes eine materielle Schlechterstellung der Kollegen.

Gegen die Stillegung der Weberei und Knüpferei und gegen den Verlust des Arbeitsplatzes für die Hälfte der Beschäftigten hatte der Betriebsrat eine Betriebsversammlung einberufen, auf der ein Warnstreik beschlossen wurde.

NUR DURCH DAS GESCHLOSSENE AUFTRETEN DER KOLLEGEN UND DIE BREITE SOLIDARITÄT KONNTE DER KONZERN ZUM RÜCKZUG GEZWUNGEN WERDEN !

Aufgrund des geschlossenen Auftretens der Kollegen, weil sie sich nicht auf die Kapitalisten verlassen hatten, konnten die Arbeiter einen ersten Erfolg im Kampf um ihre Arbeitsplätze erzielen - der Konzern wurde zum Nachgeben gezwungen - er hat sich bereiterklärt, seine Zusagen einzuhalten und Weberei und Knüpferei nun doch an den nächsten Interessenten weiterzugeben.

Nicht nur ihr geschlossenes Auftreten gegen den Konzern, sondern auch die breite Solidarität in den anderen Betrieben des Ortes und der Umgebung und die breite Sympathie unter der Bevölkerung des Ortes, haben den Kollegen von der "Wiener Teppichfabrik" geholfen, diesen ersten Erfolg zu erkämpfen.

So traten die Arbeiter der benachbarten Spinnerei, die zu den "Pottendorfer Textilwerken" gehört, in einen einstündigen Solidaritätsstreik. Die Gemeinderäte aller Fraktionen waren gezwungen, sich aufgrund der großen Solidarität der Bevölkerung mit den Arbeitern der "Wiener Teppichfabrik" solidarisch zu erklären. Für die Arbeiter ist es klar, daß die Stillegung von einem Betrieb und Massenentlassungen sich nicht nur gegen die von der Entlassung betroffenen, sondern gegen alle Arbeiter richtet.

Pottendorf ist ein Industrieort, wo ein Großteil der Bevölkerung in den Textilwerken und in der Teppichindustrie arbeitet.

Der gemeinsame Kampf gegen die Stillegung hat gezeigt, daß Entlassungen und Arbeitslosigkeit Fragen sind, die alle Arbeiter betreffen und gegen die alle Arbeiter kämpfen müssen.

Weder der Betriebsrat noch die Kollegen selbst wissen, wie es genau weitergehen soll. Es heißt, daß selbst bei Weiterführung des Betriebes ein Teil der Kollegen entlassen wird.

Aber trotz der Unklarheit über den Ausgang der Verhandlungen und die weiteren Schritte der Kollegen haben die Pottendorfer Arbeiter einen ersten Erfolg erkämpft.

Sie haben gezeigt:
Die Arbeiter müssen einig und geschlossen vorgehen und auf ihre eigene Kraft vertrauen, dann müssen die Kapitalisten nachgeben.

Wie wichtig es ist, für die Erhaltung der Arbeitsplätze zu kämpfen, zeigt sich gerade heute, wo sich die Massenentlassungen immer mehr häufen (wie z.B. die Entlassungen in der steirischen Fahrradindustrie, bei Swarowsky, in der Schuhindustrie u.s.w.).

Nur wenn die Arbeiter von allem Anfang an offensiv für ihre Interessen eintreten, die Entscheidung über ihre Zukunft nicht den Kapitalisten überlassen, wenn sie auch nicht klassenversöhnlerischen Betriebsräten und Gewerkschaftsbonzen vertrauen, die im stillen Kämmerlein einen Ausgleich mit den Kapitalisten suchen, sondern sofort ihren Kampf an die Öffentlichkeit tragen und eine breite Arbeitersolidarität suchen, dann können sie gegen Stillegungen und Enlassungen eine Kampffront aufbauen und Erfolge erzielen.

A.F.

Klagenfurt
Schuhfabrik Neuner schließt · 500 Arbeiter auf der Straße

Nachdem schon seit Monaten Gerüchte über die Schließung der Schuhfabrik Neuner in Klagenfurtkursierten, gab die Frimenleitung Ende März "überraschend" die Stillegung der Produktion bekannt. Überraschend vor allem für die 500 Beschäftigten, die bis Mitte Mai ihre Arbeitsplätze verlieren.

Die bürgerliche Öffentlichkeit machte daraufhin ein großes Tamtam über die Stillegung. Die SPÖ wirft den Neunerkapitalisten Fehlkalkulationen und mangelnden Unternehmereinsatz vor, nachdem sie vor den Wahlen voll Zuversicht noc 3 Millionen "Stützung" zusicherte.

WIE KAM ES ZU DER STILLEGUNG

Die Neunerkapitalisten, die noch vor einigen Jahren , um mehr Profit zu machen, die Produktion von Gesundheits- auf Modeschuhe umgestellt hatten, sind dabei gescheitert. Die Krise in der Leder- und Schuindstrie wurde beschleunigt durch die EG-Assoziierung von Österreich, und ein Wettrennen um die Profite zwischen den Kapitalisten verschiedener Länder entstand.Weiters begannen die Länder, die bisher billiges Leder lieferten, nun selbst Schuhe zu produzieren.

Die Neunerkapitalisten haben dann auch sofort die Konsequenzen daraus gezogen: Sie machten aus der OHG (Haftung mit Hab und Gut) eine GesmbH (mit Haftungskapital 200.000,-) und ließen sich noch 3Millionen S "Stützung" aus Steuergeldern geben. Schon seit Herbst wurden Gerüchte bekannt, daß sie zielbewußt auf die Stillegung hinarbeiteten, weil ihnen die Ausbeutung der Arbeiter keinen ausreichenden Profit mehr bringt. Nur wurden diese Gerüchte niemals bestätigt und durch Manöver der Kapitalisten (1Monat vor "offizieller" Bekanntgabe der Betriebsstillegung suchte Neuner noch Schuhsteperinnen) gelang es ihm auch, die Arbeiter und Angestellten zu verwirren und jede Aktion zu verhindern.

Dabei kündigte sich aber schon seit Herbst die drohend Stillegung an: die Belegschaft wurde im letzten Jahr um 1/3 reduziert, im Herbst flogen ungefähr 100 Arbeiter auf die Straße.

Die Betriebsaufbauzelle (BAZ) der Kommunistischen Gruppe Klagenfurt (KGK) bei Neuner zeigte in Flugblättern schon vor einigen Monaten die Gefahr der Stillegung der Produktion auf, war aber noch nicht imstande, eine einheitliche Kampffront aufzustellen. Die Kollegen glaubten nicht wirklich daran, daß der Betrieb stillgelegt werden sollte und hofften, daß nichts passieren würde.

Das bittere Erwachen kam dann erst auf der Betriebsversammlung, die der Betriebsrat am 28.März einberufen hatte, auf der die Kollegen klipp und klar die Wahrheit erfuhren. Jetzt war die Empörung und Überraschung groß. Eine Kollegin drückte dies auf der Betriebsversammlung so aus: "Als die Kommunisten vor einiger Zeit in den Flugblättern schrieben, daß Neuner zusperren will, glaubten wir es einfach nicht. Jetzt sind wir über das Vorgehen der Firmenleitung empört."

Ein anderer Kollege wieder meinte nach der Betriebsversammlung:"Wir hätten schon im Herbst anfangen müssen, klare Forderungen aufzustellen, uns zu orga-

nisieren, jetzt ist es zu spät." Dieses Resignieren und die Haltung des "man kann eh nichts mehr machen", wurde noch durch den Betriebsrat gestärkt, dem es noch einmal gelang, hier seine Politik der "Klassenversöhnung" durchzusetzen. So konnte der Betriebsrat Thaller durch sein Referat der Betriebsversammlung den Charakter einer Trauerfeier verleihen. Thaller redete über die Stillegung, als ob ein guter Bekannter gestorben wäre, und beschrieb, wie entsetzt er von dem Beschluß der Firmenleitung war und daß er "nicht gewußt hatte, was er machen soll". Daß in einer solchen Situation das einzig richtige gewesen wäre, sofort eine Betriebsversammlung der ganzen Belegschaft einzuberufen, in der die Forderung der Kollegen, die Taktik ihrer Druchsetzung diskutiert, und ein einheitliches Vorgehen beschlossen wird, das fiel ihm nicht ein. Dafür trat er sofort in Verhandlungen hinter geschlossenen Türen. mit der Firmenleitung, der Landesregierung und einigen anderen "Herren". Dabei sagte er der Belegschaft, daß sie sich ruhig verhalten solle, weil sonst seine Verhandlungen gestört werden würden. So ist natürlich "leider" bei seinen Verhandlungen für die Belegschaft nichts rausgekommen: der Betrieb wird stillgelegt, und die Kollegen verlieren ihre Arbeitsplätze. Mit derselben Taktik versucht er jetzt, eine höhere "Überbrückungshilfe" von der Firmenleitung herauszuschlagen.

Die Überbrückungshilfe, eine einmalige Abfindung, die im besten Fall 3ooo,- bis 4oooS ausmachen wird, ist nicht einmal ein Almosen, mit dem aber die Kollegen beruhigt werden sollen. Die Höhe wird jetzt im Stillen ausgehandelt, die Arbeiter sollen einstweilen ruhig sein. Die Beratungsstelle des Arbeitsamtes, die im Betrieb errichtet wird, wird ein Mittel sein, die Kollegen einzuschüchtern und gegeneinander zu hetzen.

Außerdem wird diese Beratungsstelle die Kollegen zwingen, jede Arbeit, auch denkbar schlechte Arbeits- und Lohnbedingungen in Kauf zu nehmen.

H.G.

DAS ARBEITSLOSENGELD REICHT NICHT AUS

SO -VIEL- BEKOMMT MAN HEUTE ALS ARBEITSLOSER:

(Grundbetrag und Familienzuschlag sind berücksichtigt)

Brutto-Entgelt des letzten Monats in Schill.	Grund-betrag	Verh. ohne Kind	Verh. 1 Kind	Verh. 2 Kinder	Verh. 3 Kinder
3.900 - 4.030	1.656	1.896	2.136	2.376	2.616
4.03o - 4.160	1.701	1.941	2.181	2.421	2.661
4.160 - 4.290	1.746	1.986	2.226	2.466	2.706
4.290 - 4.420	1.794	2.034	2.274	2.514	2.754
4.420 - 4.550	1.839	2.079	2.319	2.559	2.799
4.550 - 4.680	1.884	2.124	2.364	2.604	2.844
4.680 - 4.810	1.929	2.169	2.409	2.649	2.889
4.810 - 4.940	1.974	2.214	2.454	2.694	2.934
4.940 - 5.070	2.019	2.259	2.499	2.739	2.979
5.070 - 5.200	2.067	2.307	2.547	2.787	3.027
5.200 - 5.330	2.112	2.352	2.592	2.832	3.072
5.330 - 5.460	2.157	2.397	2.637	2.877	3.117
5.460 - 5.590	2.211	2.451	2.691	2.927	3.167
5.590 - 5.720	2.262	2.502	2.742	2.982	3.222
5.720 - 5.850	2.316	2.556	2.796	3.036	3.276
5.850 - 5.980	2.367	2.607	2.847	3.087	3.327
5.980 - 6.110	2.418	2.658	2.898	3.138	3.378
6.110 - 6.240	2.472	2.712	2.952	3.192	3.432
6.240 - 6.370	2.523	2.763	3.003	3.243	3.483
6.370 - 6.500	2.574	2.814	3.054	3.294	3.528
6.500 - 6.630	2.628	2.868	3.108	3.348	3.588
6.630 - 6.760	2.679	2.919	3.159	3.399	3.639
6.760 - 6.890	2.730	2.970	3.210	3.450	3.690
6.890 - 7.020	2.784	3.024	3.264	3.504	3.744
7.020 - 7.150	2.835	3.075	3.315	3.555	3.795
über 7.150	2.886	3.126	3.366	3.606	3.846

Dazu kommen noch Wohnungs- und Kinderbeihilfe; arbeitet auch die Frau vermindert sich jeder Posten in der Tabelle um S 240,- ⟶

Swarovski-Wattens
Angriffe der Kapitalisten – wachsende Empörung unter den Arbeitern

Anfang März sind die Swarovski-Kapitalisten mit ihren neuen Plänen zur Sanierung ihrer Profite herausgerückt. Nach den 6oo Entlassungen im Herbst und nach 2 Monaten Kurzarbeit für 1.1oo Kollegen sollten am 7. April

- o 25o Arbeiter
- o 2oo Angestellte entlassen werden
- o 1oo Arbeiter sollen umgeschult und versetzt werden: 6o zu Tyrolit nach Schwaz (gehört auch den Swarovskis), dafür werden dort 1oo (!) ausländische Kollegen auf die Strasse gesetzt; 4o nach Absam zur Swarovski-Optik
- o die Kurzarbeit bis Mitte April verlängert werden.

EMPÖRUNG UND KAMPFBEREITSCHAFT DER ARBEITER WACHSEN - DIE SPALTUNG UNTER DEN KOLLEGEN HAT ABER BISHER KAMPFSCHRITTE VERHINDERT

Die neuerlichen Angriffe der Kapitalisten, ihre neuerlichen Entlassungspläne, haben die Wut und Empörung verstärkt. Vielen Kollegen wurde da zum ersten Mal klar, dass Stillhalten nichts bringt, dass sich ihre eigene Lage nur verschlechtert, wenn sie die Rationalisierungsmassnahme der Kapitalisten einfach hinnehmen.

Die Spaltung unter den Kollegen ist noch sehr gross. Jeder glaubt, dass er mit seiner Meinung allein dasteht, und traut sich in seiner Abteilung nicht den Mund aufzumachen.

Am Montag, den 3.3. hat der Betriebsrat überraschend eine Betriebsversammlung einberufen, und zwar am 6.3. für die Angestellten und am 11.3. für die Arbeiter. Als die Kollegen von der Betriebsversammlung erfuhren, haben viele gesagt: "Diesmal werden die ihre Pläne nicht so einfach durchbringen. Diesmal gibt's einen Wirbel!".

Aber die Zeit bis zur Versammlung war zu kurz, um diese Empörung zu organisieren, auf klare Forderungen zu vereinheitlichen und in den Abteilungen Sprecher zu bestimmen, die in der Versammlung für die Kollegen auftreten.

Das Betriebskollektiv Swarovski des KB-Tirol hat noch vor der Betriebsversammlung ein Arbeitersache-Flugblatt verteilt, dem auf Anregung von Kollegen eine Unterschriftenliste mit der Forderung "KEINE ENTLASSUNGEN" beigelegt war. Für einige Abteilungen waren die Unterschriftenlisten ein gutes Mittel, um die Einheit herzustellen. In einer Schlosserei z.B. haben alle Kollegen ausser zwei unterschrieben.

DIE BETRIEBSVERSAMMLUNG WAR FEST IN DEN HÄNDEN DER KLASSENVERSÖHNLER

Zuerst einmal durfte Christian Schwemberger-Swarovski von der Geschäftsleitung mit wohlgesetzten Worten kundtun, dass die Firma Swarovski leider wieder gezwungen sei, von 55o verdienten Mitarbeitern Abschied zu nehmen.

Zentralbetriebsratsobmann Leo und die Herren von der Gewerkschaftsspitze, die eigens aus Wien gekommen waren, verteidigten die Entlassungen mit den Worten der Kapitalisten: die Geschäfte gehen schlecht, und da gibt es jetzt keinen anderen Weg als Arbeiter zu entlassen.

Von der Belegschaft ist niemand gegen die Pläne der Geschäftsleitung und gegen die Gewerkschaftsführer, die diese Pläne verteidigten, aufgetreten. Warum?

Gerade in den letzten Tagen vor der Betriebsversammlung war die Empörung über die geplanten Entlassungen sehr gross. Das hat sich nicht zuletzt daran gezeigt, dass viele Kollegen die Unterschriftenlisten gegen die Entlassungen unterschrieben haben. Aber trotzdem konnte die Einheit der gesamten Belegschaft noch nicht hergestellt werden.

Dafür war die Zeit bis zur Betriebsversammlung zu kurz, viele Kollegen waren noch nicht davon überzeugt, dass der Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten der einzige Weg ist, den die Arbeiter gehen müssen, wollen sie ihre Existenz verteidigen.

Aber gerade die Entwicklung bei Swarovski zeigt, dass es für die Arbeiter nur zwei Möglichkeiten gibt: Entweder gegen die Rationalisierung und Entlassungen zu kämpfen, oder immer mehr hinabgedrückt zu werden.

Trotz dieser Niederlage bleibt auch den Swarovski-Arbeitern nichts anderes übrig, als gegen die Massnahmen der Kapitalisten zu kämpfen, wollen sie nicht weiterhin eine Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen hinnehmen.

H.F. (BK. Swar.Watt.)

DAS ARBEITSLOSENGELD ...

Ein großer Teil der Werktätigen fällt in die Gruppe mit der niedrigsten Arbeitslosenunterstützung (Frauen allein machen ca. 40 % aus, dazu kommen noch die ledigen Arbeiter). Das Arbeitslosengeld für diese Gruppe beträgt durchschnittlich nur 40 % des Einkommens, für die meisten Frauen und alleinstehenden Männer macht das zwischen 2.000 und 2.500 S aus. Davon kann man sich heute nicht einmal das Notwendigste zum Leben (Wohnung, Kleidung, Essen) leisten!

Aber selbst wenn jemand verheiratet ist und ein Kind hat, beträgt die Unterstützung meist nur die Hälfte des Einkommens (zwischen 2.800 und 3.000 S).
Auch wenn man drei Kinder zu versorgen hat, beträgt das Arbeitslosengeld bei einem Verdienst von S 6.000 nur ca. 70 %, wobei aber die Familienbeihilfe enthalten ist, die man sonst extra dazu bekommt. Dazu kommt, daß der Verlust verschiedener Zulagen und das Wegfallen von Überstunden für viele eine weitere empfindliche Einbuße des Einkommens bedeutet. Außerdem wird das Arbeitslosengeld, wenn man während der letzten fünf Jahre mindestens drei Jahre lang gearbeitet hat, nur 30 Wochen lang bezahlt; wenn man in den letzten zwei Jahren mindestens ein Jahr gearbeitet hat, 20 Wochen und bei noch geringerer Arbeitsdauer nur zwölf Wochen. Wenn man in dieser Zeit keine Arbeit gefunden hat, bekommt man nur noch eine Notstandshilfe, die noch geringer ist.

Diese Zahlen zeigen, daß die derzeitige Arbeitslosenversicherung viel zu gering ist, daß sie keinen ausreichenden Schutz vor den Folgen von Entlassungen darstellt. So können Arbeitslose dazu eingesetzt werden, die Konkurrenz unter den Arbeitern zu verschärfen, um den Lohn zu drücken und die Arbeitshetze zu steigern. So kann die Arbeitslosigkeit zu einem Schreckgespenst für die Arbeiter werden, das sie spaltet und sie zwingt, ihre immer schärfer werdende Ausbeutung zu ertragen.

Dagegen müssen sich die Arbeiter zur Wehr setzen mit der Forderung, nach einem Arbeitslosengeld, von dem sie menschenwürdig leben können. Für eine solche Forderung können sich sowohl die Arbeiter in den Betrieben als auch die Arbeitslosen einsetzen. Diese Forderung hilft mit, den Spaltungsversuchen zwischen Arbeitern, die im Betrieb ausgebeutet werden und jenen, die gerade keine Arbeit haben, entgegenzutreten und die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen.

ZAHLUNG EINES ARBEITSLOSENGELDES VON MINDESTENS 80 % DES LOHNS FÜR DIE GESAMTE DAUER DER ARBEITSLOSIGKEIT!

BESTREITUNG DER VERSICHERUNGSBEITRÄGE DURCH DIE KAPITALISTEN!

-as-

Auch staatliche Interventionen können die Krise nicht beseitigen

Die österreichische Wirtschaft ist in Schwierigkeiten. Darüber sind sich alle einig: Kapitalisten, Regierung, Parteien, wissenschaftliche Beiräte usw. Wie tief die Schwierigkeiten gehen, welches Ausmaß sie annehmen können, darüber gehen die Meinungen auseinander. In den letzten Wochen und Monaten wurde häufig von verschiedener Seite über das Budget gesprochen, über die Höhe der Staatsverschuldung, über die Erhöhung der Mehrwertsteuer und Ähnliches. Welcher Zusammenhang besteht aber zwischen der Verschlechterung der Wirtschaftslage und dem verstärkten Gerede über Budgetprobleme?

DIE URSACHE DES STAATSINTERVENTIONISMUS IST DIE ÜBERHOLTHEIT DES KAPITALISTISCHEN SYSTEMS

Spätestens seit der Krise 1929/30 setzt sich bei der Bourgeoisie die Auffassung durch, daß der Staat, um das kapitalistische System überhaupt noch ökonomisch und politisch über Wasser halten zu können, auch in normalen Zeiten verstärkt in das Getriebe der Wirtschaft einzugreifen hat, daß er verstärkt als Regulator der wirtschaftlichen Entwicklung auftreten soll und muß. Vorher waren Eingriffe von Seiten des Staates in die Wirtschaft nur in Kriegszeiten vorgekommen, wo einfach durch die Dynamik des Krieges ein einheitliches Kommando bei der Produktion in bestimmten Produktionszweigen notwendig war: z. B. Waffenproduktion. Mit der Krise 1929/30 begann umfassend der sogenannte Staatsinterventionismus. Die Ursache des Staatsinterventionismus war eine tiefgehende Krise des kapitalistischen Systems, die Unfähigkeit der Kapitalisten, ihre Art und Weise der Produktion, die nur ihnen dient, aufrecht zu erhalten.
Die Eingriffe des Staates sollten bezwecken, daß in Zukunft Krisen vermieden werden. Wie die gegenwärtige Lage in Österreich zeigt, war dies eine sehr trügerische Hoffnung der Kapitalisten. Das ändert jedoch nichts daran, daß die Kapitalisten und ihre Regierung auch jetzt wieder versuchen werden, mittels staatlicher Subventionen und ähnlichem die Krise auf Kosten der Werktätigen zu überwinden.

Worin bestehen nun diese Eingriffe des Staates in die Wirtschaft? Es lassen sich drei Bereiche feststellen:

1. Der Staat übernimmt jene Bereiche der Wirtschaft, in denen sich die Privatkapitalisten als unfähig erwiesen haben, die Produktion weiter aufrecht zu erhalten: bestimmte Bereiche der Grundstoffindustrie, die Energieproduktion, das ganze Beförderungswesen.
2. Der Staat unterstützt durch Subventionen abgewirtschaftete Betriebe und sichert damit den jeweiligen Kapitalisten aus Steuergeldern die Profite.
3. Der Staat tritt als Käufer von Waren auf (Bau von Gebäuden, Straßen und ähnliches). Das bezeichnet man auch als antizyklische Budgetpolitik.

DAS GELD FÜR DIESE EINGRIFFE HOLT SICH DER STAAT AUS DEN STEUERN DER WERKTÄTIGEN!

Für all diese Tätigkeiten braucht der Staat Geld, und zwar viel Geld. Aber damit nicht genug. Je mehr die kapitalistische Produktionsweise in die Krise gerät, desto öfter wird vom Staat verlangt einzugreifen und desto notwendiger werden diese Eingriffe. Das erfordert aber in immer größerem Umfang die Beschaffung von Geldmittel n. Die rapide Zunahme der Staatsverschuldung aller westlichen kapitalistischen Länder spricht eine deutliche Sprache. An dieser Stelle muß unbedingt gesagt werden, daß der Staat ja nicht bloß als Wirtschaftsregulator Geld braucht, sondern vor allem auch zur Wahrnehmung seiner politischen Funktionen. Die Zunahme der ökonomischen wie politischen Aufgaben des Staates führte zum Aufbau einer gigantischen Bürokratie, die ihrerseits wieder Unsummen verschlingt. Die Anforderungen an den Staatshaushalt sind also enorm und stellen die verantwortlichen Stellen vor schier unlösbare Probleme.

Die wesentlichste Art der Geldbeschaffung ist immer noch die aus den Taschen der Werktätigen. Ein kurzer Blick auf die Einnahmenseite des österreichischen Budgets führt das anschaulich vor Augen. Von den Gesamteinnahmen im Jahr 1974 von 148,5 Milliarden entfielen 110 Mrd. auf Steuern und steuerähnliche Einnahmen (ungefähr 75 %). Innerhalb der Steuern sind es wiederum die Werktätigen, die den Löwenanteil tragen. 1974 kamen an Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Mineralöl-, Tabaksteuer usw. ungefähr 80 Mrd. herein. Die Steigerungsraten sind enorm. Betrug das Steueraufkommen 1973 noch 89 Mrd., sollen es 1975 schon 125 Mrd. sein. Die schrankenlose Steuerausplünderung stieß immer stärker auf den Unmut der Bevölkerung. Das war sicher ein wesentlicher Grund, der die Regierung zwang, eine Lohnsteuerreform durchzuführen. Sie war offensichtlich eine vorbeugende Maßnahme der Regierung,um Protestreaktionen zuvorzukommen. Das Geld, auf das hier "großzügig verzichtet" wurde, mußte natürlich irgendwo hereinkommen. Das gelang einerseits durch die Erhöhung der indirekten Steuern und hier vor allem der Umsatzsteuer, und andererseits durch eine Zunahme der Staatsverschuldung. So wird sich nach Schätzungen des Instituts für Wirtschaftsforschung das Budgetdefizit von 10 Mrd. 1974 auf 16 Mrd.

Forts. S 11

Südafrika: *Keine Unterstützung für das Rassistenregime*

Zwischen den bürgerlichen Parteien, der Regierung und der "Opposition", den Kapitalisten der privaten und der verstaatlichten Industrie ist ein großer Streit ausgebrochen. Der Streit um die Beteiligung der VÖEST an der Errichtung eines Stahlwerkes in der Republik Südafrika.

Alle an diesem Streit Beteiligten beteuern, daß es ihnen in erster Linie darum geht, die 80.000 Arbeitsplätze in der Stahlindustrie zu sichern. Nach diesem Gesichtspunkt werden sie das Für und Wider des Projektes abwägen. Das posaunen Presse und Rundfunk in alle Welt hinaus.

Es ist aber nicht schwer, das ganze Theater als groß angelegtes Betrugsmanöver an der österreichischen Arbeiterklasse und am Volk zu entlarven.

Die österreichische Wirtschaft ist keine Wirtschaft im Interesse des Volkes. Sie ist kein Industrument in den Händen des Volkes mit dem Ziel seiner Versorgung mit allen von ihm benötigten Gütern.

Sie ist vielmehr ein Industrument in den Händen der kleinen Minderheit der Kapitalisten. Deren Trachten gilt allein dem größtmöglichen Profit, dem wollen sie alles und jedes unterwerfen.

Zur Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Interessen dient den Kapitalisten der Staat.
Unter den Aufgaben, die der Staat für die Kapitalisten zu erfüllen hat, ist eine wichtige die Versorgung der privaten Industrie mit billigen Rohstoffen und Halbfabrikaten und mit Energie. Er unterhält unter anderem zu diesem Zweck die verstaatlichte Industrie.

Die verstaatlichte Industrie tritt selbst wieder als Kapitalist auf und jagt wie die anderen Kapitalisten dem größtmöglichen Profit nach.

Gerade jetzt, in der Krise der kapitalistischen Länder, in der dort die Profite sinken, drängt das Kapital nach neuen profitablen Anlagemärkten. Einer davon ist die Republik Südafrika, nirgends läßt sich mehr verdienen. Deshalb will auch die VÖEST dort investieren. Sie will sich damit Extraprofite und den Zugang zu billigen Rohstoffen sichern.

REPUBLIK SÜDAFRIKA - HAUPTSTÜTZPUNKT DES IMPERIALISMUS

Die Republik Südafrika ist der Hauptstützpunkt des Imperialismus in Afrika. Die USA, die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich usw. haben ein großes Interesse am Weiterbestehen des rassistischen Vorster-Regiemes.

Dieses Regime und seine Vorgänger konnten die Mehrzahl der weißen Arbeiter durch die Reservierung der besten Arbeitsplätze (kein Afrikaner darf Vorgesetzter eines Weißen sein) und durch zehnfach höhere Löhne für gleiche Arbeit an sich binden und damit von den Arbeitern afrikanischer und asiatischer Nationalität abspalten.

Das Regime kann so bis jetzt die Afrikaner, die etwa 3/4 der gesamten Bevölkerung von etwa 15 Millionen ausmachen, mittels eines riesigen Polizei- und Militärapparates niederhalten.

Die Löhne der afrikanischen Arbeiter liegen unter 1.000 S im Monat und sind völlig unzureichend. Die Arbeitsbedingungen in den Bergwerken und in der Industrie sind mörderisch. Schwere Arbeitsunfälle sind alltäglich.

Die afrikanischen Arbeiter müssen ihre Familien in den Reservaten zusammengepfercht zurückgelassen. Diese Reservate liegen in den unfruchtbarsten Teilen des Staatsgebietes. Sie werden von der Regierung "Heimatländer" genannt, sind aber nichts anderes als riesige Konzentrationslager, aus denen man sich die benötigten Arbeitskräfte holt und in die man alle jene hineinsteckt, die nicht mehr oder noch nicht zu gebrauchen sind.

Um leben zu können, müssen die Arbeiter in die "weißen" Gebiete gehen und dort ihre Arbeitskraft verkaufen. Sie dürfen sich nur mit einer Arbeitsgenehmigung dort aufhalten. Sie unterliegen einer Reihe von Schikanen und werden ständig von der Polizei drangsaliert.

Eine Gesundheitsfürsorge für die Afrikaner existiert faktisch nicht. Ein Schulwesen nur insoweit, als es für die Kapitalverwertung unbedingt notwendig ist. Lesen, Schreiben und ein bißchen Rechnen wird selbst auf untergeordneten Arbeitsplätzen immer mehr benötigt.

Das Recht auf die Bildung von Gewerkschaften und politischen Parteien ist den Afrikanern versagt.

Kein Wunder, daß sie sich gegen dieses Regime auflehnen. Nach vielen fehlgeschlagenen oder auf halbem Weg steckengebliebenen Versuchen gelingt es ihnen immer besser, den Widerstand zu organisieren und zur Offensive überzugehen.

Immer häufiger kommt es zu Streiks und bewaffneten Auseinandersetzungen von Einheiten der Befreiungsbewegung ANC (AFrikanischer Nationalkongreß) mit Polizei und Militär.

Der siegreiche Vormarsch der Befreiungsbewegungen in den ehemaligen portugiesischen Kolonien Mocambique und Angola und in Rhodesien beraubt das Vorster-Regime seines militärischen Vorfeldes. Die Bedingungen für den Kampf der Afrikaner, der asiatischen Minderheit und der unterdrückten Weißen werden immer besser.

Dem versucht das Regime einerseits durch massiven Terror und durch unbedeutende Zugeständnisse zu begegnen.

Andererseits versuchen es die imperialistischen Mächte an seiner Ausbeuterexistenz weiterzuinteressieren. Es bietet den ausländischen Kapitalisten günstigste Bedingungen für Investitionen im Bergbau und Industrie, wie Befreiung von Steuern, ungehinderte Ausfuhr der Gewinne, niedrigste Lohnkosten und entrechtete Arbeiter.

Die imperialistischen Mächte haben diese Chance genützt und in den letzten Jahren in großem Stil Kapital nach Südafrika exportiert. Kapital, das sie aus den Arbeitern in den kapitalistischen Ländern herausgepreßt haben und das nun zur Ausbeutung der afrikanischen Arbeiter eingesetzt wird.

Nicht nur das. Das Regime bietet den NATO-Mächten auch Stützpunkte für die militärische Beherrschung des südafrikanischen Raumes, des Südatlantik und des Seeweges nach Asien.

Und obwohl die imperialistischen Mächte mit Worten das rassistische Regime verurteilen, liefern sie in großem Umfang Waffen und militärische Ausrüstung, um es am Leben zu erhalten und mit ihm auch ihre Investitionen, Extraprofite und Militärstützpunkte.

DER ÖSTERREICHISCHE IMPERIALISMUS

Auch österreichische Kapitalisten beteiligen sich immer mehr an der Ausbeutung der afrikanischen Arbeitskräfte.
Immer mehr Firmen errichten Zweigbetriebe. Die Republik Südafrika ist der drittgrößte Handelspartner in Übersee.
Die österreichischen Kapitalisten investieren nicht etwa deshalb in Südafrika, weil sie Arbeitsplätze in Österreich erhalten wollen, sondern weil sie in Südafrika höhere Profite erwarten.
Sie stützen deshalb mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln das Vorster-Regime und verteufeln die Befreiungsbewegungen, weil diese eine Gefahr für ihre Profite sind.

Die Gegner des VÖEST-Projektes im bürgerlichen Lager sind nicht deshalb dagegen, weil ihnen das Rassistenregime zuwider ist oder weil sie auf Boykottbeschlüsse der Vereinten Nationen Rücksicht nehmen wollen.

Die Sorgen dieser Gegner des Projektes sind vielmehr andere: Sie wollen nicht so große Kapitalien in einem Staat binden, der über kurz oder lang doch dem Ansturm des um seine Freiheit kämpfenden Volkes erliegen wird. Sie befürchten auch eine Verminderung ihres Geschäftes mit anderen afrikanischen Staaten. Oder sie versprechen sich mehr davon, wenn das Geld woanders hineingesteckt wird.

Für die österreichische Arbeiterklasse ist es wichtig zu erkennen, daß sich die Kapitalisten, der Staat und

Forts. S 11

30 Jahre Befreiung vom Hitlerfaschismus und Beendigung des 2. Weltkrieges

30 Jahre Frieden, 30 Jahre Freiheit und Demokratie. 20 Jahre Unabhängigkeit und Neutralität. Diese Jahrestage seien ein Grund für jeden Österreicher diese Errungenschaften zu würdigen und auf das in diesen 30 Jahren Erreichte stolz zu sein.

So sagt die herrschende Klasse, und sie verwendet Millionen von den Massen abgepreßten Steuergeldern, um es den Arbeitern und dem Volk einzubläuen. Denn es leuchtet nicht von selbst ein, daß der Arbeiter ein System feiern soll, das ihm Lohnraub, Arbeitshetze und Gefährdung der Existenz bringt, das ihm politische Rechtlosigkeit gegenüber dem Staatsapparat und, wo er sich für seine Interessen zu rühren beginnt, Unterdrückung bringt. Es zeigt sich hier sehr rasch, daß die Einschätzung der letzten 30 Jahre davon abhängt, von den Interessen welcher Klasse man ausgeht.



Wien 1945: Sowjetische Soldaten verjagen in aufopferungsvollen Kämpfen die Faschisten

Die Befreiung vom Hitlerfaschismus und die Beendigung des 2. Weltkrieges sind für das Volk ein Grund zum Feiern

Am 13. April 1945 wurde Wien durch die Rote Armee von der faschistischen Diktatur, von der nazideutschen Fremdherrschaft befreit. Am 8. Mai unterzeichnete Hitlerdeutschland die Kapitulation, am 9. Mai kapitulierten die letzten Einheiten der Hitler-Wehrmacht auf österreichischem Territorium und damit war für Österreich der 2. Weltkrieg zu Ende. Die Niederlage des Faschismus im 2. Weltkrieg, die damit einhergehende Erschütterung des ganzen imperialistischen Weltsystems und die Errichtung der Volksdemokratie in mehreren Ländern bedeutete eine grundlegende Änderung des Kräfteverhältnisses auf der ganzen Welt zugunsten der Kräfte des Fortschrittes und des Sozialismus. Die Niederlage des Faschismus war auch für die österreichische Arbeiterklasse ein bedeutender Schritt vorwärts. Die österreichische Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen hatten jahrelang unter der austrofaschistischen Diktatur und unter der nazideutschen imperialistischen Fremdherrschaft gelitten. Hunderttausende Österreicher waren auf den Schlachtfeldern des 2. Weltkrieges für die Interessen des Monopolkapitals verblutet. Imperialismus und Faschismus hatten unser Land an den Rand des Abgrunds gebracht, es verwüstet, es seiner besten Söhne und Töchter, sowie vieler seiner Reichtümer beraubt. Mit der Beendigung des Krieges und der faschistischen Herrschaft verbanden daher die österreichischen Arbeiter, deren bewußteste Kräfte unter Führung der damals noch revolutionären KPÖ an der vordersten Front des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus gestanden hatten, die Hoffnung auf ein Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung ohne Hunger und Elend, ohne Krieg und Kriegsgefahr.

Die österreichische Arbeiterklasse hat allen Grund, den Sieg über den Faschismus und die Beendigung des Weltkriegs zu feiern und sich gerade in der heutigen Zeit der Krise des Kapitalismus die Hoffnungen, die sie damals hegte, wieder zu vergegenwärtigen.

Aber diese Hoffnungen wurden nicht erfüllt. Der Hauptgrund dafür war, daß die Arbeiterklasse sich nicht bewußt und einheitlich der Bourgeoisie entgegenstellen konnte. Vielmehr konnte die SP-Führung durch ihren großen Einfluß unter den Arbeitern die Arbeiterklasse politisch spalten und große Teile der Klasse vom Kampf gegen die Kapitalsherrschaft und für die Volksdemokratie abhalten. Begünstigt wurde dies durch die Illusionen, die die damals noch revolutionäre KPÖ in Bezug auf die Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus nährte. So blieb Österreich weiter unter der Diktatur der herrschenden Klasse. Die vereinigten reaktionären Kräfte, massiv unterstützt vom USA-Imperialismus, gingen schnell daran, ihren durch den Krieg zerstörten Staatsapparat zu restaurieren. Mit Hilfe des wiederhergestellten bürgerlichen Staatsapparates und mit massiver Beteiligung des USA-Imperialismus in Gestalt der sogenannten "Marshall-Hilfe" ging die herrschende Klasse daran, die Produktion für den Profit einiger weniger wieder in Gang zu setzen. Für die Arbeiterklasse bedeutete das verstärkte Ausbeutung und massive Angriffe auf ihr Lebensniveau. Der Widerstand, den die Arbeiterklasse dagegen leistete, fand seinen Höhepunkt im Oktoberstreik 1950, der wiederum hauptsächlich mit Hilfe der SP-Führung niedergeschlagen werden konnte, wobei die schwankende Haltung der Führung der KPÖ und der zeitweilige Streikabbruch die Niederlage begünstigten.

Das Österreich, das mit dem Staatsvertrag vom 15.5.1955 schließlich seine volle Unabhängigkeit und Souveränität erlangte, war erneut ein Österreich, in dem alle wirtschaftliche und politische Macht in der Hand der Kapitalistenklasse lag.

Dem Österreich des Kapitals steht die Arbeiterklasse feindlich gegenüber

Mit diesem Österreich des Kapitals und des Imperialismus hat die Arbeiterklasse, mit deren Schweiß es wieder aufgebaut wurde und auf deren Rücken es heute lastet, nichts gemeinsam. Die herrschende Klasse redet von "Freiheit". Aber der Freiheit der Kapitalisten, alle Produktionsmittel zu besitzen und die Arbeiterklasse auszubeuten, entspricht die "Freiheit" der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und sich ausbeuten zu lassen, wenn sie nicht verhungern will.

Die herrschende Klasse redet von "Demokratie". Aber in unserem Land haben die Besitzenden alles, die arbeitenden Menschen nichts zu reden. Die herrschende Klasse verfügt zur Aufrechterhaltung ihrer Ausbeuterordnung über den bürgerlichen Staatsapparat als ihr Instrument, um das Volk niederzuhalten und um es auszuplündern durch Steuern, Abgaben und Tarife. Für die Arbeiterklasse und das Volk bedeutet diese "Demokratie" Rechtlosigkeit, Schikanen und Unterdrückung. Während die herrschende Klasse diese "Demokratie" feiert, muß die Arbeiterklasse dieser "Demokratie" für die Bourgeoisie den Kampf um die proletarische Demokratie entgegenstellen, in der nicht ein mit parlamentarischen Äußerlichkeiten verzierter, aber vollständig vom Volk abgesonderter und getrennter Staatsapparat die politische Macht gegen das Volk ausübt. Was die Arbeiterklasse aber zur Durchführung ihrer sozialen Revolution braucht ist ein Staat, in dem das Volk selbst die politische Macht ausübt, indem es z.B. jederzeit alle Volksvertreter, Beamten, Richter usw. zur Rechenschaft ziehen und abwählen kann, und wo diese nicht mehr verdienen als auch ein Facharbeiter im Durchschnitt verdient; ein Staat, in dem →

z.B die stehende Armee, Polizei usw. ersetzt wird durch die allgemeine Volksbewaffnung und Organisierung des bewaffneten Volkes als Miliz, sodaß die Waffen gegen die Ausbeuterklasse im Inneren und gegen imperialistische Überfälle von außen gerichtet werden, aber niemals mehr gegen die eigenen Klassenverbündeten im Inneren oder im Äußeren und zum Nutzen des Monopolkapitals.

Die herrschende Klasse redet von"Unabhängigkeit" und "Neutralität". Aber ihre Politik ist nicht auf das gerichtet, was für die Arbeiterklasse und das Volk von Interesse ist: auf die Unabhängigkeit vom Imperialismus und auf die Verbundenheit mit dem Freiheitskampf der Völker der Welt gegen ihn.

Die herrschende Klasse redet von "Frieden" und "Entspannung". Aber die Tatsachen zeigen hinter dem Rauchhang von "Entspannung" die immer heftigere Rivalität der beiden Supermächte, ihre wahnwitzige Aufrüstung und die immer drohendere Kriegsgefahr, besonders in Europa und an seiner Südflanke.
Die sogenannte "Neutralitätspolitik" der herrschenden Klasse ist nur eine besondere Form, in der sie und ihr Staat an der imperialistischen Konkurrenz teilnehmen. Keinesfalls kann sie Österreich aus der politischen und wirtschaftlichen Krise heraushalten und die Gefahr eines neuen Weltkrieges von ihm abwenden.

Die Arbeiterklasse und das Volk haben kein Interesse an diesem System, das in seinem Wesen auf Ausbeutung und Unterdrückung beruht, den Faschismus hervorgebracht und bereits zu zwei Weltkriegen geführt hat und immer wieder Not, Elend und Krieg über die Menschheit bringt. Die Arbeiterklasse und das Volk haben kein Interesse an dem System, das die Bourgeoisie jetzt mit Schlagworten wie "Freiheit" und "Demokratie", "Unabhängigkeit" und"Neutralität", "Frieden"und "Entspannung" zu rechtfertigen und zu verteidigen sucht. Die Arbeiterklasse muß vielmehr den Klassenkampf gegen dieses System führen, den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen, selber die Macht ergreifen und den Sozialismus aufbauen, um im Inneren Schluß zu machen mit der kapitalistischen Ausbeutung, um sich wirklich zu befreien und um eine wirkliche proletarische Demokratie zu errichten; und um nach außen das Land loszureißen von der Kette des Imperialismus, um die wirkliche Unabhängigkeit des Landes zu sichern, damit die österreichische Arbeiterklasse und das Volk nie mehr Blutopfer bringen für die imperialistische Bourgeoisie.

Nur der Klassenkampf und die Revolution weisen den Weg zu einem blühenden sozialistischen Österreich.

VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION!

KB Graz KB Linz KB Salzburg-Hallein KB Tirol KB Wien KG Klagenfurt VRAÖ/ML

Fortsetzung von S.8: Auch staatliche Interventionen...

1975 erhöhen, also eine Steigerung von mehr als 50 % erfahren.

DER KAPITALISTISCHE STAAT BRAUCHT DRINGEND GELD

In vielen Branchen der österreichischen Industrie ist die Produktion unter Druck geraten. So hat sich die Ertragssituation der Gießereien ziemlich verschlechtert, die Maschinenindustrie leidet darunter, daß die Investitionstätigkeit national wie international zurückgegangen ist und sich im Ausland die Konkurrenzsituation verschärft hat. Die holzverarbeitende Industrie sowie die Sägeindustrie sind durch die Auswirkungen der Baubremse schwer angeschlagen. Für die Eisen- und Metallwarenindustrie mit einer Exportquote von 50 % macht sich die verschärfte Konkurrenzsituation auf den internationalen Märkten stark bemerkbar. Es gibt nicht ausgelastete Kapazitäten, es kommt zu Profiteinbußen und zu Zahlungsschwierigkeiten. Die Zahl der Bankrotte erreichte 1974 einen neuen Rekord. Viele Bereiche der Industrie (Leder, Glas, Fahrzeughersteller) sind gezwungen, Kurzarbeit einzuführen oder Entlassungen vorzunehmen. Die durch Krise hervorgerufenen, für die Kapitalisten notwendigen Rationalisierungen verschleißen die Arbeitskraft stärker und erhöhen die Unfallziffern. Überall ergibt sich für denStaat die Notwendigkeit einzugreifen. Ob es die Gewährung von Subventionen an Betriebe ist, Exportstützungen, Zinszuschüsse für langfristige Kredite, für notwendige Investitionen bei den verstaatlichten Betrieben oder die durch die erhöhte Arbeitslosenzahl verursachte Steigerung der Arbeitslosenentgeltzahlungen, auf jeden Fall braucht die Regierung für all diese Aktivitäten Geld. Und zwar Geld, das sie im Moment nicht hat. Kurfristig gibt es für sie nur eine Möglichkeit, Geld zu beschaffen, und zwar durch Aufnahme von Krediten. Das ist auch der Weg, den Androsch und Konsorten gehen. Von Jänner bis April wurden Kredite in der Höhe von 14 Mrd. aufgenommen. (ECCO 13/2.4.75, S.8). Diese Kredite müssen aber einmal zurückgezahlt werden. Das bedeutet, daß auf lange Sicht mit einer weiteren Verschärfung der Steuerauspressung zu rechnen ist. Bei der Erhöhung der Steuern wird vor allem auf die indirekten Steuern abgezielt, wie das laufende Gerede über die Erhöhung der Mehrwertsteuer beweist. Bei der Mehrwertsteuer kann eine Erhöhung besser verschleiert werden. Die Werktätigen bezahlen diese Steuer mit jedem Schuh, mit jedem Leib Brot mit, ohne daß es ins Auge springt. Ob die Sache mit der Staatsverschuldung gut gehen wird, hängt wesentlich davon ab, ob die Voraussagen über die weitereEntwicklung der Konjunktur stimmen. Hier gehen die Meinungen auseinander. Sie reichen von Konjunkturaufschwung Mitte 1975 bis Anfang 1976, die Schwierigkeiten dürften aber eher größer sein als erwartet, wie es die letzte Revidierung der Prognosen des Wirtschaftsforschungsinstitutes vom 2.4.1975 beweisen. Gleichgültig, wie der bürgerliche Staat versuchen wird, sich Geld zu verschaffen, so oder so wird es auf Kosten der Werktätigen gehen. Die Werktätigen werden herangezogen zur Aufrechterhaltung eines Systems, dessen Nutznießer die Kapitalisten sind. Solange für den Profit produziert wird, ob privat oder staatlich, ist gleichgültig, solange wird es Krisen geben, werden die Massen immer wieder ins Elend gestürzt. Von Tag zu Tag wird es notwendiger, dieses am Profit orientierte Wirtschaftssystem zu beseitigen und durch eine an den Bedürfnissen des Volkes orientierte Bedarfsproduktion zu ersetzen.

pep

Fortsetzung von S.9:

Südafrika:

Keine Unterstützung...

seine Industrie nicht um die Arbeitsplätze, sondern um die Profite kümmern.

Sie darf sich durch das Gewäsch der bürgerlischen Politiker von der Sicherung der Arbeitsplätze durch das Südafrikaprojekt und andere Vorhaben nicht für die imperialistischen Ziele der österreichischen Kapitalisten einspannen lassen.

Eine Stärkung ihrer eigenen Ausbeuter und der Stellungen des Imperialismus insgesamt wäre die Folge.

Für die österreichische Arbeiterklasse und die Ausgebeuteten und Unterdrückten aller Länder würden sich die Bedingungen für den Kampf um die Befreiung von der Herrschaft des Kapitals verschlechtern.

Es gilt daher, dem Geschwätz der Kapitalisten von ihrer Sorge um die Arbeiterklasse und das Volk keinen Glauben zu schenken, sich nicht mit leeren Versprechungen bestechen zu lassen und dem südafrikanischen Volk in seinem Befreiungskampf beizustehen.

Es gilt die Forderungen

keine wirtschaftliche und politische Unterstützung des Rassistenregimes in der Republik Südafrika durch die Bundesregierung!

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Regierung in Pretoria!

Politische und materielle Unterstützung des "Afrikanischen Nationalkongresses" durch die Bundesregierung!

durchzusetzen.

hh

Die Ostblockländer sind weder sozialistisch noch kommunistisch

Die Arbeiterklasse ist nicht Eigentümerin der Produktionsmittel

Immer wieder hört man in GEsprächen: "Kommunismus - gut und schön, theoretisch, aber scuaut euch einmal diese Länder an :Ungarn Tschechoslavakei, Sowjetunion, Jugoslawien... Das ist ja viel ärger als bei uns!"
Im ORF, in den bürgerlichen Zeitungenist immer von den "sozialistischen" oder "kommunistischen" ost - blockländern die Rede und die KPÖ, die sich auch kommunistisch nennt, hebt die Sojetunion und die anderen Ostblockländer als "sozialistische Vorbilder" in den Himmel.

Wir meinen, daß diese Länder mit Sozialismus und Kommunismus nur mehr den Namen gemeinsam haben, daß dort eine neue Ausbeuterklasse an der Macht ist, die die Arbeiterklasse und das Volk ausbeutet und unterdrückt.
Wir wollen hier einige Tatsachen und Beweise für unsere Meinung darlegen, weil es gerade über dieses Problem große Unklarheiten unter vielen Menschen gibt.

DIE PRINZIPIEN DES SOZIALISMUS....

Ein wirklich sozialistishes Land, das kann nur ein Land sein , in dem die Arbeiterklasse die politische Macht inne hat und mit dieser Macht alle gesellschaftlichen Bereiche nach ihren Vorstellungen gestaltet. Sie übt über die alte Ausbeuterklasse ihre Diktatur aus, die Diktatur des Proletariats. Dazu ist für das ganze Volk die breiteste Demokratie notwendig, die die Schöpferkaraft der Volksmassen für den Aufbau der neuen Gesellschaft erst richtig zur Geltung bringen kann-eine Gesellschaft, " millionemal demokratischer" ,als jemals zuvor in der Geschichte. (Lenin)
Zweck der Sache ist die soziale Befreiung der Arbeiterklasse, deren erster Schritt die Enteignung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer und die Vergesellschaftung dieses Eigentums ist. Nicht eine Handvoll Ausbeuter soll im Sozialismus Herr der Produktion sein, sondern die Arbeiterklasse, die für diese ihre Sache die anderen Teile des Volks zu gewinnen versucht.

Dies sind in aller Kürze jene Kriterien, mit denen die Kommunisten seit Marx , Engels und Lenin für die Errichtung des Sozialismus, der Macht der Arbeiterklasse, in einem oder mehreren Ländern angeben wobei die Errichtung des Sozialismus nur ein Schritt auf dem Weg zur Abschaffung aller Klassen, zum Kommunismus, zur klassenlosen Gesellschaft ist.

.....UND DIE REALITÄT IM OSTBLOCK!

Was nun die heutigen Ostblockländer betrifft : Es würde den Rahmen dieses Artikels sprenden, alle Fragen zu beantworten - die Frage der Demokratie, der Machtausübung der Arbieterklasse, der Rolle der Partei usw. Wir wollen uns hier darauf beschränken, die Frage zu beantworten : Wer ist der Eigentümer an Produktionsmittel , also der Eigentümer von Fabriken, Maschinen, von Grund und Boden usw.
-Ist es die Arbeiterklasse, wie es für ein sozialistisches Land charakteristisch ist, oder eine Minderheit von Ausbeutern, die von der Arbeiter der Werktätigen leben, die in allem und jedem das Sagen haben und die Arbeiterklasse ausbeuten.
Einige Leute halten uns immer wieder entgegen : " Ihr sagt, die Sowjetunion ist wieder kapitalistisch geworden, aber die Produktionsmittel sind ja verstaatlicht- wo sind da die Kapitalisten? " Nun, ganz so einfach ist die Sache nicht. Jeder kennt zum Beispiel die verstaatlichten Betriebe in Österreich sind das etwa sozialistische Betriebe? Haben dort die Arbeiter zu reden oder haben nicht ein paar Leute in der Geschäftsführung das Heft in der Hand? Sie leiten den Betrieb (wie einen Privatbetrieb auch) nach den Gesetzen der kapitalistischen Profitwirtschaft. Die Arbeiter werden genauso ausgebeutet, wie anderswo auch, nur ist in diesem Fall der Staat der Kapitalist . Es hängt also davon ab, was für ein Staat das ist, in dessen Hand die Produktionsmittel sind, ob es ein bürgerlicher Staat ist, wie zur Zeit der österrreichische, der das Volk schröpft und für die Kapitalisten da ist, oder ob es einer ist, der auf der Grundlage der breitesten Demokratie für das Volk ein Instrument der Arbeiterklasse ist, welches das Aufkommen der alten oder einer neuene Ausbeuterklasse verhindert, um alle Voraussetzungen zu schaffen, für den Übergang zur Abschaffung aller Klassen.

DIE KLASSENSPALTUNG IN DEN REVISIONISTISCHEN LÄNDERN

Die meisten revisionistischen Ostblockländer waren früher einmal sozialistisch oder auf dem Weg dorthin. In den letzten 20 Jahren erschlichen sich aber Leute in Partei und Staat die Macht, die die wichtigsten marxistisch Prinzipien für den Aufbau des Sozialismus revidierten, und unter dem Deckmantel des Sozialismus die Diktatur des Proletariats für " nicht mehr notwendig" erklärten.
Dies einzig und allein zu dem Zweck, um ihre eigene Macht. die Macht einer winzigen Minderheit von Bürokraten und Managern zu errichten, die zu einer neuen kapitalistischen Klasse wurde.
Diese ' Elite ' der revisionistischen Gesellschaft eignet sich heute die Früchte der Arbeit der Werktätigen an, wird immer reicher und führt ein Schlemmerleben. Nach hierarchischer Rangordnung erhalten die revisionistischen Bourgeois Gehälter und Prämien, die die Löhne der einfachen Werktätigen um das -zigfache übertreffen. Es ist heute schon fast selbstverständlich geworden, daß beispielsweise in der Sowjetunion ein Leiter niedrigen Ranges einen, um das 10-fache höheren Lohn erhält wie ein Arbeiter.
Die Gehälter der Partei-,Staats- und Wirtschaftsführer von der Bezirksebene aufwärts sind sogar einige duzendmal größer.
Außer den Gehältern erhalten sie jährlich -bis zu siebenmal-zusätzliche Gehälter in Form von Prämien. Die ehemalige Kulturministerin der SU, Frau Furzewa, die vor ein paar Monaten das Zeitliche gesegnet hat, ließ sich kurz vor ihrem Tod eine Villa im Wert von 170.000 Dollar (fast drei Millionen Schilling) bauen. Dafür hätte ein Arbeiter, wenn überhaupt die Möglichkeit dazu bestünde, ungefähr 200 Jahre arbeiten müssen.

" DER GEWINN IST DAS ENTSCHEIDENDE"

Dazu konnte es nur kommen, weil die revisionistischen Verräter in der SU und den anderen Ostblockländern das Eigentum an den Produktionsmitteln zwar äußerlich in Form des staatlichen und genossenschaftlichen Eigentums aufrechterhalten haben, seinen Inhalt aber in kapitalistisches Eigentum zurückverwandelt haben, indem sie sich die Verfügungsgewalt darüber angeeignet haben.

Dies geschah vor allem dadurch, daß nicht mehr die Befriedigung der Bdürfnisse des Volkes das Ziel der Produktion ist, wie das für sozialistische Länder wie die VR China selbstverständlich ist, sondern der Gewinn eines Betriebes zum ersten Ziel der Produktion gemacht wurde.
1965 erläuterte der damalige Finanzminister der SU W. Garbusow diese 'Neuigkeit' mit folgenden Worten: " Die Kennziffer 'Gewinn' muß zum Kriterium für den Nutzeffekt der Arbeit jedes Kollektivs und zum hauptsächlichen ökonomischen Anreiz werden". (Ekonomitscheskaja Gaseta 41/1965).
Ist aber einmal der Gewinn eines Betriebes zum ersten Ziel und Inhalt der Produktion gemacht, so verändert sich zwangsläufig der Charak-

ter der Betriebe.

DIE FOLGEN DIESER RESTAURATION der Profitwirtschaft sind für die Arbeiterklasse und andere Teile des Volkes katastrophal.
Denn wenn kapitalistische Gesetze erst einmal eingeführt sind, dann wirken sie auch entsprechend mit allen Folgeerscheinungen.

ARBEITSLOSIGKEIT....

Obwohl die Sowjetrevisionisten behaupten, daß es in der SU keine Arbeitslosen gebe, zeigen verschiedene Tatsachen, daß praktisch Millionen Menschen ohne Arbeit sind. Beispielsweise mußte die Gewerkschaftszeitung "Trud" im Mai 1973 zugeben, daß etwa sechs Millionen "Arbeitsfähige nicht in einem Arbeitsverhältnis stehen."

In Nowokusnezk, einer Industriestadt in Sibirien mit einer halben Million Einwohner, sind(laut 'Komsomolskaja Prawda' vom 7.10.1970) ständig 5% der erwachsenen Bevölkerung auf der Suche nach einem Arbeitsplatz.
In Polen und Ungarn wird die Arbeitslosigkeit offiziell zugegeben. Dort sind es zusätzlich noch Massen verarmter Bauern, die in die Städte ziehen, und dort die Arbeitslosenarmee vergrößern.

Und jeder kennt das abschreckende Beispiel Jugoslawien, in dem die Restauration des Kapitalismus am frühesten angefangen hat, und wo die kapitalistischen Begleiterscheinungen auch am deutlichsten zur Geltung kommen: etwa 30% jährliche Inflationsrate, 100.000e Arbeitslose im eigenen Land, 100.000e Jugoslawen als Fremdarbeiter in verschiedenen westeuropäischen Ländern, die so dem Elend in der Heimat zu entkommen hoffen.

Die Tschechoslowakei folgt diesem "Vorbild" mit Riesenschritten: Ende März 1975 wurde ein neues Arbeitsverfassungsgesetz beschlossen, das es den Unternehmern ausdrücklich gestattet, Arbeiter zu entlassen, ohne für einen neuen Arbeitsplatz zu sorgen!
Wie kann man solche Länder noch als sozialistisch ansehen?
wie in den westlich-kapitalistischen Ländern auch, ist der Grund für die Arbeitslosigkeit in den revisionistischen Ländern die anarchische Produktionsweise in diesen Ländern:
da jeder Betrieb darnach produziert, wie er am besten möglichst viel Profit aus den Arbeitern herausholen kann und nicht, wie am besten das produziert werden kann, was das Volk braucht, ist eine langfristige und umfassende Planung immer unmöglicher.
(siehe Tabelle)

Formal sind sie 'sozialistisches' Staatseigentum, inhaltlich und in Wirklichkeit sind sie selbständig, voneinander unabhängig und den kapitalistischen Gesetzen unterworfen.

PRODUKT		geplant für 1970 (a)	produziert 1970 (b)
Elekrtroenergie	(Mrd. kwh)	830-850	740
Erdöl	(Mio.t)	345-355	353
Kohle	(Mio.t)	656-675	624
Erdgas	(Mrd. m^3)	252-240	200
Stahl	(Mio.t)	124-129	116
Walzgut aus Schwarzmetall	(Mio.t)	95-99	92
Mineraldünger	(Mio.t)	62-65	55
Synthetische Harze u. Plaste	(1000 t)	2100-2300	1672
Zement	(Mio. t)	100-105	95
alle Stoffarten	(Mrd. m^2)	9,5-9,8	8,9
Lederschuhe	(Mio.Paar)	610-630	676
Rundfunk u. Fernsehgeräte	(Mio.Stück)	15-15,7	14,5
Haushaltskühlschränke	(Mio. Stück)	5,3-5,6	4,1

Quellen: (a) Direktiven des XXIII. Parteitags der KPDSU für den 5-Jahres-Plan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1966 - 1970
(b) Rede von Brechnew auf dem XXIV.Parteitag

Nicht mehr die Arbeiterklasse, sondern die Manager, Direktoren und Staatsbürokraten haben die Verfügungsgewalt über die Art und Weise und das Ausmaß der Produktion und den davon abgeschöpften Gewinn: je größer der Gewinn, desto größer ist der Spielraum der Herren Direktoren und Manager.
Wie hier im Westen immer wieder verschiedene Produktionszweige regelrecht eingehen, weil niemand die Überproduktion von Autos, Fahrrädern, usw. abnimmt, so auch in den revisionistischen Ländern: nach einer Mitteilung der russischen Zeitung "Istwestja" vom 17.7. 1970 lagerten allein in den Lagerhäusern der Moskauer Geschäfte für 34 Mio. Rubel Regenmäntel aus Kunststoff, für die kein Bedürfnis mehr vorhanden war.

....KORRUPTION....
oder- was die Kehrseite der Medaille ist:das, was von den Werktätigen dringend benötigt würde, ist einfach nicht zu kriegen: nach der "Prawda" vom 20.3. 1970 sind in der Stadt Charkow Teekessel, Fleischwölfe usw. fast unmöglich zu bekommen.
Der Grund: diese Gegenstände wurden nicht mehr produziert, weil sie nicht "rentabel genug" seien.

Oder nehmen wir z.b. Polen.
In den letzten Monaten wurden die notwendigsten Lebensmittel immer knapper, während gleichzeitig teure Delikatessen, Spirituosen, usw. reichlich vorhanden sind.
Das westdeutsche Magazin "Der Spiegel" berichtete vor kurzem, daß verzweifelte Warschauer Hausfrauen in den beiden Nobelgeschäften "Delikatessen" und "Supersam" die Regale voller Flaschen Kognac und Whiskey sowie Kompottgläsern zertrümmerten, aus Wut darüber, daß weder Fleisch, noch Butter oder Fischkonserven vorhanden waren. (Spiegel Nr.14, 31.3.75)
Zur Zeit gibt es in den polnischen Provinzstädten zwar Milch, aber nur magere, Butter wird nach diesem Bericht zweimal, dann nur einmal in der Woche verkauft.
Seit 1974 importiert das Agrarland Polen wieder mehr Lebensmittel als es exportiert.

Dazu kommt noch, daß die Inflation in den revisionistischen Ländern genauso gallopiert wie in den westlichen Ländern auch.
Von Jugoslawien weiß das jeder.
Aber auch in Polen beispielsweise stieg der Preis für Schmalz von 1973 - 1974 auf das doppelte an, ebenso bei 90% der Marmeladen und Fruchtsäfte.
Viele Gebrauchsgüter werden in diesen Ländern- genauso wie in der westlichen Praxis- nur äußerlich anders aufgemacht, um dann zu einem viel höheren Preis als früher verkauft zu werden.

.....ENTWICKLUNG DES PRIVATSEKTORS....

Die neue Ausbeuterklasse in den Ostblockländern gibt sich aber nicht damit zufrieden, die Arbeiterklasse und die anderen Teile des Volks allein über den vorherrschenden staatlichen Sektor und die genossenschaftlichen Betriebe auszubeuten, über die sie die Verfügungsgewalt haben. Der private Sektor der Wirtschaft wird in diesen Ländern immer größer.
Denn die Grenze zwischen legaler Bereicherung am offiziellen Gewinn und zusätzlicher Bereicherung mit illegalem, unter der Hand erworbenem Gewinn, ist fließend.

Der privatkapitalistische Sektor ist besonders in der Landwirtschaft, in der Touristik, und im Handel stark geworden.
Wie aus offiziellen Statistiken hervorgeht, erzeugt der Privatsektor in der SU zur Zeit 65% der Kartoffel, 40% des Gemüses, 35% des Fleisches und der Milch und 50% der Eier. Die früheren Kolchosmärkte in der SU verwandelten sich in Zentren des privatkapitalistischen Handels. Auf ihnen herrschen, genau wie in den kapitalistischen Ländern, kapitalistische Gesetze:
die Preise werden nicht festgesetzt

nach den Bedürfnissen der Massen, sondern auf der Grundlage von Angebot und Nachfrage.
Die privaten Händler benutzen Züge und Flugzeuge, um ihre Waren auf die Märkte zu schaffen.

Noch drastischer ist die Lage in Polen:
85% des landwirtschaftlichen Nutzbodens befinden sich dort in privaten Händen. Aber der Privatsektor herrscht auch auf anderen Gebieten vor: heute bestehen in Polen ungefähr 172.000 Handwerkstätten, deren Einkünfte nach offiziellen Angaben 34 Mrd. Zloty betragen.
Alle diese Handwerkstätten sind privat. Sie beuten die Lohnarbeit Hunderttausender von Arbeitern aus. Diese Privatproduktion ist untrennbar verbunden mit einer zunehmenden Entfaltung des Schleich- und Schwarzhandels: das was auf dem offiziellen Markt nicht vorhanden ist, wird (z. T. aus privater Produktion) zu horrenden Preisen verkauft, (meist kommt noch ein erheblicher Zuschlag als Bestechung dazu).
Die "Prawda" vom 29.1. 71 schreibt: " Jemand sucht für eine Tonbandreparatur Ersatzteile. Im Laden sagt man zunächst einmal: 'Haben wir nicht' Wenn dann mit 3 bis 5 Rubel geschmiert wird, sind die Ersatzteile plötzlich zu haben."

LEHREN AUS DIESER ENTWICKLUNG

Es gäbe noch unzählige Beispiele aufzuzählen, die darauf hinweisen, daß von Sozialismus, von Herrschaft der Arbeiterklasse in diesen Ländern nicht die Rede sein kann; daß in den Ostblockländern nicht die Arbeiterklasse, sondern die neue , revisionistische Bourgeoisie Herr über die Produktionsmittel ist.
Aber daß ein sozialistisches Land nicht zwangsläufig zum Kapitalismus zurückkehren muß, das zeigen die Erfahrungen und Erfolge beim Aufbau des Sozialismus in China oder Albanien, worüber wir in Zukunft mehr und genauer berichten müssen.

Sowohl die negative Entwicklung in den Ostblockländern zurück zum Kapitalismus, als auch die großen Erfolge und Fortschritte auf dem Weg des Sozialismus und Kommunismus in China und den anderen sozialistischen Ländern zeigen sehr deutlich, daß der Sozialismus nicht auf einen Schlag irgendwo eingeführt werden kann, und dann wäre den Kapitalisten jede Möglichkeit der Wiederherstellung der Ausbeutergesellschaft versperrt, im Gegenteil:
1. kann der Sozialismus nur erkämpft werden durch den beharrlichen Kampf der Millionen Werktätigen unter der Führung der Arbeiterklasse gegen ihre Unterdrücker.
und 2. kann er nur gesichert und gefestigt werden durch den Kampf gegen alle Versuche, die alte Gesellschaft - über welche Umwege auch immer- wiederherzustellen:" Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere.
Dem entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als DIE REVOLUTIONÄRE DIKTATUR DES PROLETARIATS." (K.Marx)

Wenn die Arbeiterklasse in dieser Übergangsperiode, im Sozialismus, nicht gegenüber allen Bestrebungen, die Ausbeuterordnung wiederherzustellen, ihre Diktatur ausübt, ihren Klassenkampf gegen die Bourgeoisie fortsetzt, so wird sie zwangsläufig schwere Niederlagen einstecken.
Sie wird nicht nur keinen Schritt näher an die Erreichung des Kommunismus kommen, sondern die politische Herrschaft an die neu aufkommende Bourgeoisie verlieren, und wieder in die Rechtlosigkeit und Knechtschaft der alten Herrschaft zurückfallen.

Genau das ist in den revisionistischen Ländern geschehen.

Für die Arbeiterklasse und die fortschrittlichen Menschen aller Länder ist es wichtig, diese Entwicklung verstehen zu lernen.
Einerseits, um der bürgerlichen Propaganda entgegenzutreten, die diese Länder noch immer beharrlich sozialistisch oder kommunistisch nennt, um so den Kommunismus in Verruf zu bringen. Andererseits können wir uns dabei auch Klarheit verschaffen darüber, welchen Weg wir heute schon einschlagen müssen, um die Profitwirtschaft der Kapitalistenklasse restlos zu Fall zu bringen und eine freie und menschengerechte Gesellschaftsordnung aufzubauen.

-kw-

Polen: Das Volk verstärkt den Kampf gegen seine Unterdrücker

"Die Schwierigkeiten in der Fleischversorgung tauchen immer noch auf, manchmal ziemlich scharf", erklärte der Häuptling der revisionistischen polnischen Arbeiterpartei, Gierek, am 6.März diesen Jahres auf einer Frauenkonferenz. Er sagt natürlich nicht, warum : die polnischen Unternehmer führen immer mehr Fleisch ins Ausland aus, weil sie es dort teurer verkaufen können und höhere Profite haben (von 1973 auf 1974 stieg die polnische Fleischausfuhr um ca.50 %- auf fast 100.000 Tonnen.) Dieses Fleisch fehlt nun im eigenen Land.
Aber es ist nicht nur das Fleisch. In Wirklichkeit wird auch der Mangel an anderen Grundnahrungsmitteln wie Milch, Butter und Konserven immer drastischer. Und das, was vorhanden ist, wird laufend teurer: 1974 stiegen die Preise z.B. bei Schweinefleisch um 6,5 %, Kartoffeln um 14% , Geflügel 42 % ,Zwiebel 50 %.
Aber die Arbeiterklasse und das Volk in Polen nehmen diese Verschlechterungen ihrer Lage nicht widerstandslos hin :
Hausfrauendemonstrationen sind an der Tagesordnung, Geschäfte werden geplündert, sodaß der Premierminister Jaroszewicz im Fernsehen eindringlich "die Geduld des Volkes" fordert, " wenn wir vorübergehend schwierige Zeiten und Situationen durchstehen müssen ". →



Der polnische Parteichef Gierek

Vor 5 Jahren nach dem Rücktritt des damaligen Parteihäuptlings Gomulka, fuhr er von Betrieb zu Betrieb, um die Arbeiter mit dem Ruf "Helft uns, Genossen"! von weiteren Streiks abzuhalten und ihr Vertrauen zu gewinnen. Heute werden von Arbeitern und fortschrittlichen Menschen über Nach in Warschau Plakate geklebt auf denen Arbeiter Gierek zurufen: "Wir wollen Dir helfen, Genosse!", und dieser antwortet, einen großen Schinken in der Hand: "Nicht nötig, Genossen" - Eine treffende Darstellung der revisionistischen Betrügerpolitik: Sozialismus in Worten, Kapitalismus und Ausbeutung in Taten.



Ladenplünderung in Danzig 1970

Zum Elend der Massen in Jugoslawien

Bei einem Besuch vor Ostern in Jugoslawien, konnte ich wieder einmal erleben, was es für die Lage der arbeitenden Menschen heißt, wenn wie in Jugoslawien, eine bürokratische Monopolbourgeoisie "neuen Typs" die Macht im Staat erobert hat. Die Leute, mit denen ich sprach, sind kleine Bauern. Sie besitzen Grund im Ausmaß von ungefähr 5 Ha. Wie ich mich überzeugen konnte, ist das zum Leben zuwenig und zum Sterben zuviel. Während die Preissteigerungen in Jugoslawien für die verschiedenen Lebensmittel wie Brot, Mehl , Zucker, Fleisch usw. zum Teil astronomische Höhen erreichen, bleiben die Preise für Milch, Schweine und Rinder fast gleich oder sinken sogar. So erzählten mir die Bauern, daß sie zum Beispiel für Eier per Stück 50 Para, das sind ungefähr 50 Groschen (zum Vergleich in Österreich 1.-S-1,20 S) erhalten. Das durchschnittliche Preisniveau bei den lebensnotwendigen Produkten liegt kaum unter dem bei uns und in bestimmten Bereichen sogar darüber.

Eine besondere Verhöhnung der Massen ist die Sozialversicherung. Wie mir die Bauern erzählten, bekommt man eine Rente erst nach dem 7o. (!) Lebensjahr. Meine Gesprächspartner waren übrigens schon weit über 70. Wer aber glaubt, sich dann zur Ruhe setzen zu können, der hat sich getäuscht. Die alten Leute bekommen monatlich 300.-S REnte (12 x im Jahr) Da es unmöglich ist, mit diesem lächerlichen Betrag zu leben, sind sie faktisch gezwungen, unvermindert weiterzuarbeiten und sich zu Tode zu rackern.

Damit nicht genug. An Kranken-und Sozialversicherungsbeitrgen haben jene Leute, die eine Rente erhalten, jährlich 4x400 zu bezahlen, so daß vom jährlichen REntenbetrag von 3600,-S ohnehin nur 2000.- S übrigbleiben.

Kein Wunder, daß bei solchen Verhältnissen das Lebensniveau der Massen in Jugoslawien immer weiter herabgedrückt wird. Im Volk aber wächst der Unmut über diese Verhältnisse. Immer öfter kommt es in verschiedenen Betrieben, selbst in Slovenien, zu Streiks und massiven Protestaktionen.

Das jugoslawische Volk hat schon einmal einen heldenhaften Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung mit Erfolg geführt. Wenn das Volk Klarheit gewonnen hat über Wesen und Charakter dieser neuen Bande von Blutsaugern, wird sie sich auch von diesen befreien und mit dem Aufbau des Sozialismus beginnen.

pep

Forts. von S 14

Von diesem Gerede hat die polnische Arbeiterklasse allerdings immer mehr genug :

Die Arbeiter der Radiowerke "Kasprzak" streiken, bis ihre Forderung nach sofortiger Fleischlieferung erfüllt wurde.

Die Arbeiter der Traktoren und Landmaschinenfabrik " Ursus" bei Warschau streikten, bis sie, durch Polizeiknüppel gezwungen, eine Niederlage einstecken mußten.

Aber als auch der Streik der Arbeiterinnen in der Schuhfabrik "Radoskor" mit Polizeigewalt gebrochen werden sollte und 150 " Anführerinnen" verhaftet wurden, drohten sofort die Arbeiter der "General-Walter-Werke" im benachbarten Starachowice , aus Solidarität mit den Radoskor-Frauen die Arbeit nieder zulegen :

Die 150 Verhafteten mußten wieder freigelassen werden, denn ein Streik der General-Walter-Werke hätte für die Revisionisten ein arger schlag werden können- die General-Walter -Werke sind eine Munitionsfabrik.

Diese Beipsiele zeigen, daß die Arbeiterklasse in einem revisionistischen Land wie Polen längst begonnen hat, ihre neuen Ausbeuter und Unterdrücker mit aller Kraft zu bekämpfen, daß dies der einzig richtige Weg ist ,um ihre Lage zu ändern und den Sozialismus erneut zu erkämpfen.

Ihr gilt unsere vollste Solidarität!

kw

WIE SÜSS IST ZUCKER ?

Sehr süß. Für die russischen Geschäftemacher. Für das cubanische Volk allerdings hat der Zucker einen bitteren Beigeschmack.

Der Weltmarktpreis für Zucker lag Anfang 73 noch bei 5 US-Cents pro Pfund (1 Pfund = 0,45 Kg) Dann aber stieg er stark an und erreichte bis Ende 73 knapp 30 Cents. Im November 74 erklomm der Zukkerpreis sogar den Gipfel von 45 Cents. In den ersten zwei Monaten des heurigen Jahres "pendelte" er sich - um ein Modewort zu gebrauchen - bei 35 - 36 Cents ein, war damit aber immer noch 7 Mal höher als vor zwei Jahren.

Für manche Länder, deren Zuckerproduktion weltwirtschaftlich wichtig ist und für das betreffende Produzentenland selbst ausschlaggebend ist, war diese Zucker-Hausse zweifellos von Vorteil. Nicht aber für die berühmte "Zuckerinsel" Kuba.

Die Entkolonialisierung fällt ökonomisch weitgehend mit der Befreiung vom Status eines Monokulturlandes zusammen. Kuba, das sich aus eigener Kraft Ende 1959 vom US-Imperialismus befreit hatte, geriet 1962 in den Einflußbereich des neuentstandenen russischen Sozialimperialismus. Und anstatt die Zucker-Monokultur zu beseitigen (Wie es Fidel Castro angekündigt hatte) wurde Kuba unter der Maske der "Hilfe" von Russland gezwungen, seine Zukkerproduktion noch mehr auszuweiten. Damit wurde den Kubanern die Schaffung einer eigenständigen und weit verzweigten Ernährungs- und Versorgungsbasis unmöglich. Chrustschow verlangte sogar, daß Kuba, dessen Höchstproduktion sich gewöhnlich auf sechs Millionen Tonnen Rohrzucker belief, auf eine Jahresproduktion von 10 Mio. Tonnen Kurs zu nehmen hätte.

Durch diese sozialimperialistische Politik, der sich die kubanische Führung unterworfen hat, wurde in den letzte Jahren die typisch koloniale Monokultur konserviert und verstärkt, dementsprechend die Abhängigkeit Kubas von Moskau und dessen Satelliten noch mehr vergrössert.1973 zahlte die UdSSR für das kubanische Pfund Zukker sechs Cents also bei weitem weniger als den Weltmarktdurchschnittspreis.

1974 erhöhte Russland mehrmals den von ihm gewährten Preis bis auf 15 - 20 Cents pro Pfund Ende 1974, was noch immer um ein vielfaches niedriger ist oder war als der Weltmarktpreis ! Dabei gingen z.B. 1973 von der knapp 7 Mio. Tonnen betragenden Zuckerernte Kubas 3,3 Mio.Tonnen an Russland und 0,9 Mio. Tonnen an die anderen Ostblockstaaten, nur 2,7 Mio. Tonnen wurden nach Japan, Kanada, England und andere Länder in frei umwechselbarer Währung geliefert. Darin zeigt sich die fatale Abhängigkeit Kubas vom russischen Sozialimperialismus, der sich auf Kosten Kubas bereichert.

Bemerkenswert - und für die neokolonialistische Unterdrückung Kubas seitens der neuen Zaren bezeichnend - ist, daß Kuba gegen Ende Februar 1975 rund 4 - 5 Mrd. Dollar Schulden an die UdSSR und weitere 650 Mio. Dollar an die übrigen Comecon-Mitglieder hatte !

(aus: "Für die Volksmacht", Zentralorgan der Vereinigung revolutionärer Arbeit Österreichs VRA)

Nahost: Zweite Supermacht versucht Vorstoss

ich dem Scheitern der Kissinger-ission, der "Politik der kleinen Schritte", sieht die zweite ipermacht, die Sowjetunion, ihre tunde gekommen, um den Völkern des ahen Ostens ihre Vorstellungen von 'rieden" aufzudrängen. Nachdem sie urch Kissingers "Pendelpolitik" eitgehend vom unmittelbaren Geschehen ausgeschaltet worden war, it sie das Scheitern Kissingers 1 eine günstigere Position versetzt.

ie Absichten der Sowjetunion gehen ihin, eine "Lösung" im Rahmen der enfer Konferenz zu erreichen. Die enfer Konferenz steht unter dem geinsamen Vorsitz der USA und der owjetunion. Unter dem Druck der eiden Supermächte hofft die Sowjetnion, die arabsichen Völker, insbeondere das palästinensische Volk, m Nachgeben, zur Abkehr von ihrem erechten Forderungen bringen zu önnen. Ihre Absicht besteht darin, ie Hegemonie (Vorherrschaft) über ie arabischen Völker zu erringen, n in dem ökonomisch und strategisch ußerst wichtigen Gebiet des Nahen stens einen entscheidenden Vorteil egenüber der anderen Supermacht USA u erringen. Dabei sind ihr die evolutionären Bestrebungen der arasichen Völker, an deren Spitze gegenwärtig das palästinensische Volk steht, ein Dorn im Auge. Die Bestrebungen der Völker gehen nämlich dahin, ihre vollständige Unabhängigkeit zu erlangen und den Hauptbrückenkopf des Imperialismus im Nahen Osten, Israel, zu beseitigen. Dabei kämpft vor allem das palästinensische Volk entschlossen um die Errichtung eines demokratischen Staats in Palästina, in dem Juden, Araber friedlich miteinander leben können und in dem der Einfluß der Supermächte ausgeschaltet ist. In diesem Kampf hat das palästinensische Volk unter der Führung der PLO gerade in letzter Zeit bedeutende Erfolge auf allen Ebenen erzielt. Klar, daß dies alles nicht im Sinne der Sowjetunion ist, die diesen Kampf nur solange unterstützt, als sie sich davon eine Erweiterung ihres Einflusses verspricht. In dem Maße, in dem sie die Kontrolle über die revolutionären Bestrebungen der arabischen Völker zu verlieren droht, muß die Sowjetunion daher dazu übergehen, ihre Karten aufzudecken und ihre hegemonistischen Absichten offenzulegen.

Das haben die zwei Emissäre des Kreml getan, die unlängst der israelischen Regierung ihre Vorstellungen über einen "Frieden" im Nahen Osten erläuterten. Folgende Hauptpunkte haben sie dabei genannt: nicht nur will die Sowjetunion die Existenz Israels in den Grenzen von 1967 anerkennen, sondern sie hat auch gegen weitere "Grenzkorrekturen" zum Vorteil Israels nichts einzuwenden; das palästinensische Volk soll auf der Genfer Konferenz nicht sich selbst vertreten, sondern soll "im Rahmen der Delegation eines anderen arabischen Landes" vertreten sein; die Sowjetunion wäre auch bereit, im Falle eines für sie günstigen Ausgangs der Genfer Konferenz, für die Einhaltung des "Friedens" in der Weise zu sorgen, daß sie nach Absprache mit den USA die Waffenlieferungen an die arabischen Länder entsprechend drosselt. Kurz: die Politik der Sowjetunion besteht darin, die arabsichen Völker zu erpressen, um sie ihren Vorstellungen gefügig zu machen. Durchkommen werden die neuen Zaren im Kreml mit dieser Politik freilich nicht: die arabischen Völker haben einen tiefen Willen, die vollständige Unabhängigkeit von den Supermächten zu erringen, und je offener die Sowjetunion ihre hegemonistischen Vorstellungen durchzusetzen versucht, desto deutlicher werden die Völker das Wolfsgesicht hinter der Schafspelzmaske dieses falschen Freundes erkennen.

-gw-

IRAK / KURDISTAN: Das kurdische Volk kämpft gegen nationale Unterdrückung

Der Kampf der Kurden steht letzten Meldungen zufolge vor einer entscheidenden militärischen Niederlage. Nach dem Abkommen von Algier vom 6. März, wo die Grenzstreitigkeiten zwischen dem Irak und dem Iran zu gunsten des Irans beigelegt wurden, verpflichtete sich der Iran quasi als Gegenleistung für die gewonnenen Gebiete, die Unterstützung, die er bisher den irakischen Kurden gewährt hat, einzustellen und seine Grenze zu schließen. Was dieser Schritt für die Kurden bedeutete, die ihren Nachschub fast vollständig über den Iran bezogen, zeigte die Reaktion des kurdischen Volkes kurz nach dem Abkommen. 11.000 bewaffnete Kurden beugten sich dem trügerischen Amnestieangebot der iraker Behörden und lieferten ihre Waffen ab, tausende haben bereits den Freitot gewählt, weil sie der neuerlich drohenden Knechtschaft lieber den Tod vorziehen, der legendäre Kurdenführer Basani ist in den Iran geflohen, den restlichen zehntausenden bewaffneten Kurden, die den Kampf fortsetzen wollen, droht der Massenmord.



Kurden-Führer Barsani

Das kurdische Volk ist in seiner Kultur und seiner sozialen Geschichte wenig verwandt mit dem iranischen Volk, in dessen Nachbarschaft es lebt. Ihre genaue Bevölkerungszahl ist schwer zu ermitteln, da die Kurden keinen eigenen Nationalstaat besitzen, und ihr Lebensraum sich auf fünf Staaten verteilt, die alle außer der UdSSR, den Bevölkerungsanteil der Kurden nie ermittelt haben. Nach Angaben des "Spiegel" soll sich das kurdische Volk wie folgt auf folgende Staaten verteilen: 2 Mill. Kurden im Iran, 2 Mill. in der Türkei, 500.000 in Syrien, 90.000 in der UdSSR und 2Mill. im Irak. Ihre eigentliche Zahl dürfte jedoch erheblich höher liegen.
In allen diesen Staaten lebt das kurdische Volk in einem Zustand der nationalen Unterdrückung. Systematisch wird von der herrschenden Klasse ihre Kultur vernichtet, teilweise ist sogar ihre Sprache verboten. Ihre Siedlungsgebiete sind fast völlig von der staatlichen Entwicklung und Förderung ausgeschlossen. So gibt es keine Industrie, Elektrizität ist in ihren Gebieten unbekannt und das Gesundheits- und Bildungswesen befindet sich in katastrophalen Zuständen. Im Iran gibt es beispielsweise keine einzige kurdische Schule. In der Türkei wird die Existenz eines kurdischen Volkes überhaupt geläugnet und sie werden von der Regierung als "Bergtürken" bezeichnet.
Nicht anders ist die Lage der Kurden im Irak. Das kurdische Volk ist von Seiten der irakischen Zentralregierung, der sog. "Nationalen Fortschrittsfront" brutaler Unterdrükkung und Ausbeutung unterworfen. Es hat keine Möglichkeit in seinen Gebieten eine autonome Verwaltung zu errichten, noch wird ihnen das Recht eingeräumt innerhalb der Zentralregierung,entsprechend ihres Bevölkerungsanteils,vertreten zu sein. Das von den Kurden besiedelte Gebiet im Irak, das Gebiet zwischen den Gebirgen im Norden bis zu den Ebenen um Kirkuk, gehört zu den rückständigsten Gebieten des Landes. Von besonderer Bedeutung ist dieses Gebiet für den Irak, weil in diesen kurdischen Ebenen bei Kirkuk und Mossul zwei Drittel der Erdölvorkommen des Landes liegen. Die Erlöse aus den staatlichen Erdölgesellschaften, die im Jahre 1974 vier Milliarden Dollar ausmachten, kommen aber nicht der Entwicklung der rückständigen kurdischen Gebiete zugute.
Schon früh schloß sich deshalb das kurdische Volk zusammen und führte, besonders im Irak, wo der Kampf →

heute am weitesten fortgeschritten ist, einen erbitterten Kleinkrieg um nationale Rechte und Freiheit. Im Jahre 1943 und 45 wurden Aufstände des kurdischen Volkes im Blute erstickt und Basani, der damals schon zu den Führern der Kurden zählte, mußte ins Exil in die UdSSR, wo er zum Offizier der Roten Armee avancierte.
Die Ausrufung der Republik Irak im Jahre 1958, in deren Verfassung die Gleichberechtigung von Kurden und Arabern verankert wurde, weckte neue Hoffnung beim kurdischen Volk. Aber schon 1960 wurden erneut kurdische Politiker verfolgt und 1961 mit der Bombadierung kurdischer Dörfer und Städte der sog. Kurdenkrieg, der bis an den heutigen Tag andauert.
Geändert hat sich an der Lage der Kurden auch nichts als 1973 die "Kommunistische Partei Irak", eine völlig verbürgerlichte und treue Auslandsagentur Moskaus, in die Regierung aufgenommen wurde. Im Gegenteil, die UdSSR, die seit diesem Eintritt äußerst gute Beziehungen mit dem Irak aufrechterhält, liefert jetzt das Notwendige moderne Kriegsmaterial, damit die Zentralregierung den Vernichtungsfeldzug gegen die Kurden überhaupt führen kann. Die Sowjetunion erhält dafür billiges Erdöl aus dem Kurdenland. Die Ironie des Schicksals ist damit perfekt. Die Erdölgewinne aus den Kurdengebieten werden zur Finanzierung des Vernichtungskrieges gegen die Kurden verwendet. Die Verbrechen der "Nationalen Fortschrittsfront" sind somit gleichzeitig die Verbrechen der UdSSR. Auch bei uns in Österreich will die "K"PÖ von einem Kampf der Kurden um nationale Freiheit nichts wissen. In den äußerst kurzen und kommentatorischen Atikeln in ihrer Presse versucht sie den gerechten Kampf der Kurden, in einen Kampf, der sich den "fortschrittlichen" Maßnahmen der "Sozialistischen" Zentralregierung widersetzt, umzulügen, um dann frech zu behaupten, daß "Basani und die Großgrundbesitzer (!)", das im Jahre 1970 geschlossene Autonomie- und Friedensprogramm boykottieren (Wahrheit 3. 4. 1975).
Dabei stellen die Revisionisten die Tatsachen völlig auf den Kopf. Sie demonstrieren dabei nur, daß sie ein williges Sprachrohr des Kremls sind. Das Autonomie- und Friedensprogramm, das die Kurden im Hintergrund großer militärischer Siege ihrer Armee, der Iraker Zentralregierung abgerungen hatten, sollte ihrem Inhalt nach wirklich einige Rechte dem kurdi schen Volk garantieren. Dem Wortlaut sollten ihnen danach innerhalb von 4 Jahren die nationale Autonomie in den von ihnen besiedelten Gebieten (die noch durch Volkszählung und -abstimmung ermittelt werden sollten) gewährt werden. Daneben sollte ein umfassendes Entwicklungsprogramm in den rückständigen kurdischen Gebieten verwirklicht und schließlich sollten die Kurden ihrer Bevölkerungszahl entsprechend, an der Zentralregierung beteiligt werden.

Der Inhalt des Abkommens wurde von der Iraker Zentralregierung nie verwirklicht. So führte sie nie die Volksabstimmung durch und wollte 40 % der kurdischen Gebiete von der Autonomie ausklammern. Bei diesen ausgeklammerten Gebieten handelte es sich nämlich um die von Kurden besiedleten Erdölgebieten von Kirkuk. Das Abkommen diente der Zentralregierung vielmehr als Gelegenheit den Krieg kurzfristig zu unterbrechen, um dann (die UDSSR lieferte inzwischen massiv Waffen) den Krieg im März dieses Jahres mit umso größerer Härte wieder aufzunehmen. Mit ungeheurer Grausamkeit werden ganze Städte und Dörfer mit Napalm dem Erdboden gleichgemacht. Die Frauen und Kinder, welche vor dem Abkommen von Algier vor dem Bombenterror noch in den Iran flüchten konnten, sind seitdem die Grenze geschlossen ist, dem Napalm und Giftgasen der Iraker Armee schutzlos ausgeliefert. Der Schah Reza von Persien hat bei diesen Abkommen seine wirkliche Fratze wieder gezeigt. Er hat sich des gerechten Kampfes der Kurden bedient, um seine eigenen imperialistischen Gelüste zu befriedigen. Nachdem die Iraker Regierung seinen territorialen Ansprüchen nachgab, nämlich das Gebiet des Zusammenflusses von Euphrat und Tigris, des sogenannten Schatt el -Arab, welches ihm ungehinderten Zugang vom Persischen Golf zu seinen größten Erdölfeldern und -raffinerien um Abadan sichert, abtrat, verpflichtete er sich sofort, jeder weiteren Unterstützung der Kurden zu enthalten. Es zeigt aber auch, daß - wenn ein Volk dem Imperialismus vertraut - immer wieder verraten und verkauft wird.

PELE

Rhodesien: *tollwütige imperialistische Attacken gegen die ZANU*

Vor ca. 4 Wochen wurde in Lusaka (Zambia) der nationale Vorsitzende der ZANU, H. Chitepo, ermordet. Er fuhr über eine Landmine, die vor seinem Haus gelegt war.
In der Woche darauf, wurden 100 Kader der ZANU, die an den Begräbnisfeierlichkeiten für Herbert Chitepo teilnahmen, von der zambischen Polizei festgenommen und der Großteil von ihnen ins Gefängnis geworfen.

WAS IST DER HINTERGRUND DIESER EREIGNISSE?

Der Hintergrund diser Ereignisse ist der Kampf des Volkes von Zimbabwe gegen das Rassistenregime Ian Smiths. Dieses Regime unterdrückt seit nunmehr 10 Jahren das Volk von Zimbabwe im Interesse einer kleinen weißen Mindeheit.
Im Kampf gegen diese Unterdrückung hat sich das Volk von Zimbabwe mehrere Befreiungsorganisationen geschaffen. Unter diesen Befreiungsorganisationen war und ist die ZANU die konsequenteste Kraft. Sie hält entschlossen daran fest, daß es mit dem Rassistenregime keinerlei Diskussionen über eine "Beteiligung" der schwarzen Bevölkerung an der Regierung geben kann und daß die Macht direkt an das Volk übergehen muß. Weil sich das Rassistenregime dagegen mit Händen und Füßen wehrt, hält die ZANU konsequent am bewaffneten Kampf fest. Der bewaffnete Kampf ist das entscheidende Mittel, um die Rassisten zu verjagen und die Übergabe der Macht an das Volk von Zimbabwe zu gewährleisten.

In diesem Kampf hat die ZANU versucht, die Einheit aller Befreiungsorganisationen herzustellen. Ein solcher Zusammenschluß ist formell vor einigen Monaten zustandegekommen: die ZANU , die ZAPU, die FROLIZI und der ANC haben sich im erweiterten ANC (Afrikanischer Nationaler Kongreß) zusammengeschlossen.
Sofort nach diesem Zusammenschluß haben die Imperialisten aller Schattierungen versucht, Verwirrung zu stiften: sie haben Gerüchte ausgestreut, wonach der bewaffnete Kampf eingestellt und über eine Regierungsbeteiligung der Befreiungsorganisationen verhandelt werde. Insbesondere die ZANU hat diese Geriche scharf zurückgewiesen und den bewaffneten Kampf verstärkt fortgesetzt.
Der Präsident von Zambia, Kaunda, hat von vornherein versucht, die Befreiungsorganisationen auf bedingungslose Verhandlungen mit dem Smith-Regime festzulegen, und hat somit eine Politk betrieben ,die den Rassisten in die Hände spielte und spielt. Der jetzige Anschlag auf die ZANU - der neben der Ermordung Chitepos und der Verhaftung von ca 100 Kadern auch das Verbot von Zambia aus zu operieren umfaßt - ist darauf ausgerichtet. die konsequenteste Kraft im Kampf zu liquidieren.

Sie werden damit keinen Erfolg haben, denn das Volk von Zimbabwe steht hinter der ZANU. Ein Gebiet von ca 70 000 Quadratkilometern ist schon den Händen der Rassisten entrissen. Die bewaffnete Abteilung der ZANU, die ZANLA, wird den Kampf solange fortsetzen, bis das Smith-Regime zurücktritt und die Macht an die schwarze Mehrheit übergibt.

-wr-

Südvietnam ...

Aber die Truppen Thieus, die einige Städte, Militärstützpunkte und Strassen behalten hatten, benützten diese Positionen, um gegen die befreiten Gebiete zu operieren. Diese Stützpunkte des Feindes mußten also vernichtet werden, denn die Bevölkerung kann ja nicht tatenlos zusehen, wie ihr Leben und ihre Aufbauarbeit tagtäglich bedroht werden.

In weiteren Provinzen häufen sich die Volksaufstände. Die Bevölkerung ist selbst daran gegangen, im Land demokratische Verhältnisse zu schaffen, nachdem es unter der Thieuherrschaft nur Unterdrückung und materielles Elend für die Massen gibt. Das ist der Grund, warum Thieu mit seinen Marionettentruppen keine Chance hat, und nunmehr zehn von zwanzig Millionen Südvietnamesen in befreiten Gebieten leben können.

Von einer nordvietnamesischen Generaloffensive kann überhaupt nicht die Rede sein. So hatte Thieu die amerikanisch ausgerichtete Presse melden lassen, seine Truppen könnten der nordvietnamesischen Übermacht nicht standhalten. Wie es etwa im Fall der Stadt Ban Me Thuot wirklich war, berichtete der französische Journalist Paul Léandri: obwohl 12 000 bis 15 000 Thieusöldner die Stadt verteidigten, gelang es lokalen Guerillaeinheiten, zusammen mit Angehörigen eines kleinen Bergstammes, ungefähr 1000 Mann stark, den Feind zu vertreiben. Auch Munition hatte der Feind mehr als genug, aber seine Kampfmoral ist gleich Null. Viele der Saigoner Soldaten wissen, daß sie für eine schlechte Sache den Kopf hinhalten sollen, und nicht wenige laufen bei der ersten Gelegenheit zu den Befreiungstruppen über. Für den Bericht haben Thieus Polizisten Léandri erschossen. Aber die Wahrheit, daß die Vietnamesen nicht länger bereit sind, für die Weltherrschaftsambitionen einer Supermacht herzuhalten sowie Hunger, Unterdrückung und Krieg in Kauf zu nehmen, kann dadurch nicht ausgelöscht werden.

Die Tintenkulis der bürgerlichen Zeitungen schreiben es, der amerikanische Präsident Ford beschwört es in Reden: in Vietnam spiele sich eine Tragödie ab, das Abendland sei in Gefahr. Um diese zivilisierte Welt vor dem Untergang zu retten, hat Ford am 11. 4. vom Kongreß 722 Millionen Dollar Militärhilfe für Thieu gefordert.
Ein neuerliches massives Eingreifen der USA würde den Krieg weiter verlängern. Und obwohl die Entwicklung der Befreiungskämpfe auch den herrschenden Kreisen in den USA zeigt, daß ihre Manöver aussichtslos sind, obwohl einflußreiche imperialistische Kreise Ford und Kissinger raten, sich bei ihren Weltherrschaftsplänen mehr an Europa und den Nahen Osten zu halten, obwohl laut Meinungsumfragen zwei Drittel der Amerikaner für die sofortige Beendigung der Einmischung in Indochina sind, ist dennoch ein neuerlicher Einmarsch amerikanischer Truppen nicht auszuschließen. Denn die Imperialisten wären keine Imperialisten, wenn sie nicht alle Möglichkeiten benützen, auch den Völkermord, um ihre Profit- und Welthegemonieinteressen zu wahren. Wir müssen eine breite Solidarität schaffen, um diese Möglichkeit zunichte zu machen. Wir müssen dem US-Imperialismus in den Arm fallen, wenn er seine Hand weiter nach Vietnam ausstreckt, dann wird es dem vietnamesischen Volk schneller und besser gelingen, den Feind zu schlagen.

Einzig und allein die USA und der von diesen ausgehaltene Thieu sind es, die die Durchführung des Pariser Abkommens verhindern wollen. Gegen sie richtet sich die Volksoffensive der PRR. Nachdem schon seit 2 Jahren der Feind nicht gewillt ist, das Abkommen zu respektieren und die nationale Versöhnung auf friedlichem Weg durchzuführen (wie das in Laos schon zu teilweisen Erfolg geführt hat), sprechen jetzt die Waffen.
Unterstützen wir alle Aktionen und Bemühungen des Volks von Vietnam, damit der Abzug der USA und die Beendigung jeder Einmischung erzwungen, damit Thieu gestürzt und das Pariser Abkommen verwirklicht wird.

GM 12. 4. 75

Erklärung der PRR

Thieu und die gesamte proamerikanisch gleichgeschaltete Presse sprechen davon, "die Kommunisten" wollten das Land erobern und die Bevölkerung fliehe vor ihnen. Abgesehen von den immens aufgebauschten Zahlen, ist es so, daß die Bevölkerung tatsächlich vor den Bomben flieht, vor den Bomben Thieus, und daß die Marionettentruppen versuchen, die Bevölkerung zu verschleppen, um einen lebenden Schutzwall zu haben. Denn sollten die Menschen in ein Gebiet fliehen, wo politischer Terror und Hungersnot herrschen? Kaum eine westliche Zeitung berichtet, was die provisorische Revolutionsregierung in den "eroberten" Gebieten tut. Aus untenstehendem Dokument der PRR vom 4. 4. 75 geht ganz deutlich hervor, daß die PRR einen gerechten und vernünftigen Standpunkt im Interesse aller nationalen Kräfte, des gesamten Volks vertritt:

1. Auflösung des alten Gewaltapparates, Verbot aller reaktionären Parteien und Vereinigungen;
2. Verbot jeder Aktivität, die Haß und Zwietracht im Volk sät und ethnische Minderheiten diskriminiert; Gleichheit der Geschlechter, Freiheit des Glaubens und der Religion;
3. Jeder ohne Unterschied von Abstammung, Glauben, politischer Überzeugung und Vermögen ist verpflichtet am Aufbau des Landes teilzunehmen und gegenseitige Unterstützung zu üben;
4. Recht auf Arbeit, Verpflichtung, Ordnung und Sicherheit zu erhalten, die Revolution zu unterstützen und jedem Komplott des Feindes entgegenzutreten;
5. Jeder Besitz der Marionettenregierung fällt an die PRR. Andere industrielle Unternehmen, Handwerkstätten und Handelsunternehmen sind eingeladen, ihre Arbeit im Dienst des Volkes fortzusetzen;
6. Es ist eine nationale Aufgabe, sich um die Waisen und Gebrechlichen zu kümmern;
7. Die Bauern werden ermutigt, ihre Produktion zu entwickeln, besonders auch Fischfang, Salzgewinnung und Forstwirtschaft.
8. Die Schulen und Spitäler sollen ihre Arbeit fortsetzen, wobei besonders die gut behandelt werden müssen, die sich für den Aufbau einsetzen;
9. Die PRR fordert die strikte Beachtung aller Vorschriften, sie nimmt die Soldaten der gegnerischen Seite, die die Reihen des Feindes verlassen haben, auf;
10. Mit Ausnahme derer, die sich gegen die Revolution gestellt haben und bestraft werden müssen, wird das Leben und das Eigentum der Ausländer garantiert; alle Ausländer müssen die Unabhängigkeit und Souveränität Südvietnams anerkennen und die Weisungen der revolutionären Macht beachten. Jene Ausländer, die zur Unabhängigkeit und Befreiung beigetragen haben, sind herzlich willkommen.



Begeistert bieten Dorfbewohner in den befreiten Gebieten Kämpfern ihrer Befreiungsarmee Feldfrüchte an

"Pnom Penh ist gefallen": Kambodscha ist befreit!

"Wer eine gerechte Sache vertritt, der kann breite Unterstützung finden; wer eine ungerechte Sache vertritt, der kann nur geringe Unterstützung finden. Ein schwaches Land kann eine Großmacht besiegen. Das Volk eines kleinen Landes kann, wenn es Mut hat, sich zum Kampf zu erheben und zu den Waffen zu greifen, und die Geschicke seines Landes in die Hand nimmt, bestimmt die Aggression einer Großmacht vereiteln. Das ist ein Gesetz der Geschichte."

Das sagte in einer Erklärung am 20. 5. 1970 der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas, Mao Tsetung, kurz nach dem Beginn der amerikanischen Aggression gegen Kambodscha.
Heute, 5 Jahre nach dem das Volk zu den Waffen gegriffen hat, um sein Land und seine nationalen Interessen zu verteidigen, ist der letzte amerikanische Stützpunkt, Pnom Penh, von den Befreiungsstreitkräften genommen worden.
Heute weht in der Hauptstadt des Landes wieder die Fahne der königlichen Regierung Grunk, und im ganzen Land ist die revolutionäre Volksmacht errichtet.

Jahrelang hat uns die proimperialistische Presse vormachen wollen, in Kambodscha gäbe es nur eine Handvoll "kommunistischer Rebellen", und das Volk stünde hinter Lon Nol, den die USA in den Sattel gehoben hatten. Heute ist diese "Regierung" zusammen mit den letzten US-Beratern abgehauen, um der gerechten Strafe zu entgehen, die der zweite Volkskongreß im Februar dieses Jahres über sie verhängt hat. Und selbst der OFR muß heute zugeben, daß die GRUNK die Unterstützung der gesamten Bevölkerung hat: eine gerechte Sache hat die breiteste Unterstützung.

Wochenlang hat man uns einzureden versucht, die USA müsse zuletzt die Stadt Pnom Penh halten, "um ein Blutbad zu verhindern". Tatsache ist, daß damit der Krieg nur verlängert wurde und noch mehr Kambodschaner ihr Leben lassen mußten. Von einem Blutbad hingegen können unsere bürgerlichen Journalisten auch nicht eine winzige Spur finden. Im Gegenteil: sogar Zeit im Bild mußte berichten, daß die in die Stadt einrückenden Befreiungsstreitkräfte von der Bevölkerung Pnom Penhs mit großem Jubel empfangen wurden.
Diese Journalisten klammern sich an den letzten Strohhalm und heulen mitdem amerikanischen Präsidenten um die Wette, Kambodscha, ja ganz Indochina gehe der zivilisierten Menschheit verloren. Aber auch dieser Strohhalm reicht nicht. Der amerikanische OFR-Korrenspondent mußte im Abendjournal melden, daß dem amerikanischen Volk dieser Verlust leicht fällt, ja begrüßt wird: es hat ja tagtäglich seinen Kampf mit dieser sogenannten Zivilisation, die kapitalistische Ausbeutung, steigende Arbeitslosigkeit, Rassendiskriminierung und politische Entrechtung bedeutet.

Verloren haben in Kambodscha nur die USA-Imperialisten. Gewonnen haben die Arbeiter und Bauern Kambodschas, die nun ein freies, unabhängiges und blühendes Land aufbauen werden, eine Gesellschaft die mit der Überwindung des imperialistischen Jochs die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abschafft.

Das Gesetz der Geschichte, daß auch ein kleines Siebenmillionenvolk eine Supermacht besiegen kann, wenn es im Kampf ausharrt, ist in Kambodscha schlagend bewiesen worden.
Dreihunderttausend Kambodschaner haben für die Freiheit, die Unabhängigkeit und die Revolution ihr Leben gegeben. Diese Freiheit und diese sozialen Errungenschaften dürfen nicht mehr verlorengehen. Das kambodschanische Volk wird seine Wachsamkeit verstärken und jeden Einmischungsversuch zurückschlagen. So wie die weltweite Solidarität beigetragen hat zum Sieg über die USA, so muß gerade jetzt diese Solidarität verstärkt werden: damit das kambodschanische Volk die Früchte seines Kampfes ernten kann, damit der Imperialismus in ganz Indochina besiegtwird und damit sich die Völker noch enger zusammenschließen gegen Imperialismus und Hegemoniestreben der Supermächte, für die Unabhängigkeit, für die Befreiung und für die Revolution.

17. 4. 1975 GM

Kleine Zeitung, 17. 4. 1975



Demonstrationen, die nicht stattfinden Zeichnung: Candea, „präsent"

Immer weniger Anklang finden die imperialistischen Lügenmärchen, unerfüllt bleiben die chauvinistischen Wunschträume.

GEORG HERWEGH: Zum 100. Todestag

Am 7.April 1875 starb der deutsche Dichter Georg Herwegh. Viele Leser der Kommunistischen Volkszeitung hören hier zum ersten Mal von ihm. Aber das ist nicht verwunderlich. Georg Herwegh war einer der ersten deutschsprachigen Dichter, die es sich zur Aufgabe gamacht hatten, den Kampf der Armen, Unterdrückten und Ausgebeuteten, der Arbeiter- und Volksmassen um ihre Befreiung mit seiner Dichtung zu unterstützen.
Aber er kam erst in späteren Jahren an die Seite der revolutionären Arbeiterbewegung. War er 1848, in den großen Auseinandersetzungen der bürgerlichen Revolution, noch an der Seite der fortschrittlichsten und radikalsten Vertreter der Bourgeoisie zu finden, so wandte er sich in der Folge immer mehr von der kompromißlerischen Bourgeoisie ab, und dem revolutionären Proletariat zu.
Schon damals vertraute er nicht auf irgendwelche große Männer oder weltfremde Utopisten, sondern dem Volk : "Nur das Volk kann das Volk retten ", schrieb er.
Da er in der Folge einer der ersten war, der Gedichte ausdrücklich dafür schrieb, um die unterdrückten und rechtlosen Volksmassen zu unterstützen ("Die Literatur muß der Politik unter die Arme greifen) wurde er auch von sogar fortschrittlichen Dichterkollegen angegriffen.Sie kritisierten ihn mit denselben Argumenten, mit denen Sozialisten (realistische) Dichter bis heute kritisiert werden : Dichtung müsse ÜBER der Politik ,ÜBER allen Perteien stehen, der Dichter müsse "objektiv" sein, ÜBER den Dingen stehen.
Demgegenüber verteidigte Herwegh mit aller Deutlichkeit das immer wieder angefeindete Grundprinzip sozialistischer Literatur . In einem Streitgedicht schreibter :

Partei! Partei! Wer sollte sie nicht nehmen,
Die doch die Mutter aller Siege war!
Wie mag ein Dichter solch ein Wort verfemen,
Ein Wort, das alles Herrliche gebar?

→

LESERBRIEF

Hallo Genossen !

Was soll ich Euch sagen, wie stolz ich war, meinen Brief in der KVZ zu lesen, und auch beantwortet habt ihr ihn, ich hätte mir das nicht gedacht ! Und ich bin begeistert von der Idee, daß sich die Leute ihre Zeitung selber schreiben. Ich möchte Euch diesesmal von einer Erfahrung berichten und anschließend von Gedanken, die ich mir gemacht habe:
Auch ich war immer der Meinung, daß es für einen arbeitenden aber auch denkenden Menschen wichtig ist, sich zu bilden. Wenn man soweit einmal ist, ist es nicht mehr schwer draufzukommen, daß so was nicht mit Fernsehen, Radio oder Zeitungen (Kampf dem Pressemist!) zu machen ist. Ich habe einiges gelesen, es wäre sinnlos, das alles aufzuzählen, aber meine Freunde sind der Meinung, das wäre nur gut dazu gewesen, daß ich ziemlich fehlerlos schreiben kann, einige Fremdwörter verstehe und fast alle Beistriche richtig setze. Es ist ihnen nicht auszureden, daß man als arbeitender Mensch das Recht darauf hat, mehr zu begreifen als das, was man gerade mit den eigenen Augen sieht, damit man die eigene Situation besser versteht und dadurch vielleicht auch ändern kann. So muß ich aber immer mehr erkennen, daß ihre Arbeitskraft das Einzige ist, was sie haben und sie ihre Arbeitsfähigkeit so gut wie möglich verkaufen wollen.
Und ich denke mir das so: Wenn ich meine Arbeitskraft habe, im Sinne von Kapital , dann ist es schlecht auf die Dauer, denn dieses Kapital verzinst sich nicht mit der Zeit, sondern es wird im Gegenteil immer weniger wert, weil wir alle älter und verbrauchter werden. Dann macht es schon nichts mehr, wenn man es auch nicht vererben kann. Das andere Kapital aber, dem wir unsere Arbeitskraft zur Verfügung stellen müssen, damit wir so halbwegs gut oder weniger gut leben können, dieses Kapital wird nicht nur mit den Zinsen größer , sondern vermehrt sich auch durch die Werte, die unsere Arbeitskraft schafft. Darum heißt für mich dieses Kapital auch "kapitalistisch"!

WEnn ich das alles zum Schluß irgendwie noch überdenke, dann kann man das vielleicht sosehen : Dem Arbeiter ist viel zu lange erzählt worden, daß es keine Gleichheit gibt, sodaß er als Schicksal hinnimmt, für andere zu schuften.
Es steht in den Schulbüchern, eswird in vielen Arbeiterfamilien gepredigt: " Nur wer arbeitet soll auch essen!" Ich sage:"Das schon, aber dann alle miteinander, ohne Ausbeutung, ohne Privilegien, in Gleichheit, Brüderlichkeit und Freiheit !"

Ich komme wieder !

Euer Genosse P.D.

Forts. von S 19

GEORG HERWEGH :ZUM 100.Todestag

So ist es auch kein Zufall, daß Herwegh eines seiner beliebtesten und berühmtesten GEdichte 1863 für den damals gerade gegründeten "ALLGEMEINEN DEUTSCHEN ARBEITER-VEREIN" schrieb, nämlich das "Bundeslied", dieses revolutionären Arbeitervereins, das noch heute allen Arbeitern ein Begriff ist.
Einfach und deutlich macht Herwegh darin die fundamentalen,sozialen Gegensätze verständlich : Daß die Arbeiterklasse alle Güter der Welt schafft, die nicht ihr zugute kommen; daß sie gefesselt ist , zugleich aber die Kraft besitzt, diese Fesseln zu zerschlagen.
Ohne Zweifel hat dieser revolutionäre Aufruf bis heute nichts von seiner Gültigkeit und Eindringlichkeit verloren:

Bet und arbeit! ruft die Welt,
Bete kurz! denn Zeit ist Geld.
An die Türe pocht die Not-
Bete kurz! denn Zeit ist Brot.

Alles ist dein Werk! o sprich,
Alles aber nichts für Dich!
Und von allem nur allein,
Die du schmiedst, die Kette, dein?

Mann der Arbeit, aufgewacht!
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will.

Brecht das Doppeljoch entzwei!
Brecht die Not der Sklaverei!
Brecht die Sklaverei der Not!
Brot ist Freiheit, Freiheit Brot!

-kw-

Jeder Leser ein Mitarbeiter!

SCHREIBT DER KVZ
Redaktion: Herreng.5, 8010 Graz

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

ZEITUNG DES
KOMMUNISTISCHEN BUNDES SALZBURG / HALLEIN
(KB SALZBURG/HALLEIN)

KLASSENKAMPF

ZEITUNG DES
KOMMUNISTISCHEN BUNDES TIROL
(KB TIROL)

VOLKSMACHT

ZEITUNG DER
VEREINIGUNG REVOLUTIONÄRER ARBEITER
(VRA/M-L)

KLASSENKAMPF

ZEITUNG DES
KOMMUNISTISCHEN BUNDES WIEN
(KB Wien)

Kommunistische Volkszeitung

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES (KB) GRAZ

Erscheint monatlich. Einzelpreis S 3,--
Jahresabonnement inkl. Porto: S 50,--
Bestellung durch Einzahlung auf das Konto: "Kommunistischer Bund" 60-50112-0 Bank für Arbeit und Wirtschaft, Filiale Graz.
Bei Einzahlungen bitte Zahlungszweck genau angeben!

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund (KB) Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Gerhardt Weinberger. Alle: 8010 Graz, Herrengasse 5. Druck: Eigenvervielfältigung.